

Arbeitslosigkeit bedeutet, haben wir in dieser Konsequenz früher nicht gewußt. Ich danke denen, die hier im Podium gesprochen haben, die dazu beigetragen haben, daß die Diskussion so interessant war. Herr Dr. Schürer hat, vielleicht unbewußt, den Bogen schon zum Nachmittag gezogen, als er Herrn Volze ansprach, den wir heute Nachmittag hören. In dem Sinne herzlichen Dank.

Abg. Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank Herr Dr. Jork. Wir müssen jetzt in irgendeiner Form noch einen Kompromiß schließen und uns einigen, wann wir wieder beginnen. Mein Vorschlag wäre, keine 60 Minuten, sondern nur 45 Minuten Mittagspause und treffen uns hier um 14.45 Uhr zur Fortsetzung.

[Mittagspause]

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich begrüße Frau Dr. Doris Cornelsen, Herrn Armin Volze, Herrn Professor Jürgen Schneider, Herrn Walter Romberg, Herrn Dr. Matthias Artzt und Herrn Dr. Hannsjörg Buck.

Ich bin natürlich auch in der unangenehmen Pflicht, bei einer solchen Leitung immer auf die Zeit aufmerksam zu machen. Wenn ich es überschlage, kommt auf jeden Redner etwa 15 Minuten Vortragszeit. Aus Erfahrungen meiner bisherigen Moderation, möchte ich bitten, in Anbetracht des erwartenden Fragen volumens, die Vorträge möglichst kurz zu halten.

Ich bin kein Wirtschaftsexperte, deswegen kann ich zum Thema „Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“ fachlich wenig beitragen. Ich kann höchstens als ehemaliger Bürger der DDR mein Statement hierzu abgeben. In diesem Fall würde ich bemerken, daß wir viel darüber gescherzt haben, was die Wirtschaft West und die Wirtschaft Ost anging. Wir gingen davon aus, daß die menschliche Gesellschaft, beginnend von der Urgesellschaft, eigentlich drei wichtige Erfindungen hervorgebracht hat: nämlich die Arbeitsteilung, das Geld und das Rad. Die Arbeitsteilung wurde im Sozialismus relativ rasch rückgängig gemacht, d. h. jeder tapezierte seine Wohnung selber; das Geld wurde durch Nebenwährung wie Forumchecks und letztlich die DM unterlaufen, und ehe das Rad abgeschafft wurde, war das Jahr 1989 herangereift und das Staatswesen DDR endete.

Wir sagten damals gern: „Im Westen gibt es nichts, was man nicht bekommen könnte. Es gibt nur das Problem, daß man es gegebenenfalls nicht bezahlen kann“. Im Osten stellte sich die Situation so dar, daß man es hätte bezahlen können, aber man hat es halt nicht bekommen. Mit solchen einfachen Dingen kann recht anschaulich verdeutlicht werden, wie man aus der Sicht eines Normalverbrauchers die Wirtschaft beurteilte. Ich würde aber gern den Fachleuten das Wort überlassen. Ich erteile Frau Dr. Doris Cornelsen das Wort.

Dr. Doris Cornelsen: Ja, schönen Dank. Herr Eppelmann machte gleich zu Anfang in seinen einführenden Worten ein paar Äußerungen über die DDR-Forschung und über die Kenntnis der DDR in der Bundesrepublik.

Ich will gleich zwei Ihrer Fragen beantworten, Herr Eppelmann. Wie Sie wissen, gab es in der Bundesrepublik eine ganze Menge Informationen über die DDR, und es gab in der Bundesrepublik auch eine breitgefächerte DDR-Forschung. Auf dem Gebiet der Wirtschaft gab es u. a. das DIW, mit regelmäßigen Analysen. Dort habe ich bis 1993 als Leiterin der Abteilung „DDR und Osteuropa“ gearbeitet. Über die Quellen, Methoden und Ergebnisse dieser Forschung sind einige Merkwürdigkeiten im Umlauf, so daß ich mich sehr freue, daß ich heute hier darüber referieren darf.

Zunächst einmal zu zwei Anmerkungen, die Herr Eppelmann vorhin in seiner Einleitung machte. Er stellte die Frage: „Ist nicht auch die westliche DDR-Forschung auf Propagandalügen und Desinformationen der SED hereingefallen?“ Herr Eppelmann, diese Frage kann ich kurz und knapp beantworten. Sie ist nicht darauf hereingefallen. Auch die tägliche Lektüre des „Neuen Deutschland“ hat uns schließlich nicht zu Dummköpfen gemacht, ganz im Gegenteil, je öfter man das lesen mußte, desto kritischer wurde man als Wissenschaftler.

Zweitens betonten Sie, daß die DDR fälschlicherweise als zehntgrößte Industrienation der Welt allgemein bezeichnet worden ist. Diese Feststellung wurde nicht von der westdeutschen DDR-Forschung herausgebracht, sondern ist ein Produkt der Weltbank. Die Weltbank stellte in ihrem bekannten Weltbankatlas bis Ende der 70er Jahre eine Rangfolge sämtlicher Länder auf, bei der die DDR einen der vordersten Plätze einnahm. Die Weltbank gab dann, weil es einige Diskussionen über das Problem dieser Eingliederung der Ostblockländer mit nichtkonvertierbaren Währungen gegeben hatte, eine große Untersuchung in Auftrag. Wissenschaftler sollten die einzelnen Länder, die im Weltbankatlas aufgeführt waren, genau analysieren. Diese Untersuchung brachte eine derartige Menge von methodischen Problemen zutage, daß die Weltbank schon Anfang der 80er Jahre damit aufhörte, diese Rang- und Reihenfolge in der Weise weiterzuführen und u. a. nahm sie auch die DDR als zehntgrößte Industrienation nicht mehr auf. Es erfolgte nur die Anmerkung, daß sie aus methodischen Gründen nun ausgeklammert wurde. Allerdings hielt sich diese sehr knackige Formulierung. „Zehntes Industrieland“ klingt ja sehr viel besser, als wenn man ganz ausführliche methodische Vorbemerkungen, Nachbemerkungen oder Erläuterungen dazu gibt.

Die DDR-Forschung ist meiner Meinung nach eine sehr solide Wissenschaft gewesen, die vernünftige Ergebnisse hier im Westen publiziert hat. Zunächst will ich mich erst einmal kurz zu den Quellen äußern. Beim veröffentlichten statistischen Material der DDR stellte sich immer die Frage nach der Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Daten. Jeder, der dort einmal reinschaute, weiß, daß der Umfang der veröffentlichten Statistik in der DDR außerordentlich dürftig war. Dürftig nicht nur im direkten Vergleich mit der Bundesrepublik, sondern fast im Weltmaßstab. Die einzige Quelle war das Statistische Jahrbuch (und seine Kurzfassung, das Statistische Taschenbuch). Die Lücken waren groß. Es fehlten beispielsweise viele Daten über die Indu-

strie, über die Außenwirtschaft, über den Staatshaushalt, es fehlten außerdem Reihen über die Preisentwicklung.

Zweiter Punkt: Zur Frage nach der Zuverlässigkeit der Statistiken. Diese Frage ist generell heikel, und es gibt Leute, die der Auffassung sind, Statistik sei eine Steigerungsform von grober Lüge. In der DDR hatten die Betriebe, die Belegschaft und manchmal auch die Ministerien ein unmittelbares Interesse an einer bestimmten Einschätzung ihrer Tätigkeit. Trotz der Kontrollmöglichkeiten der Zentralverwaltung für Statistik mußte damit gerechnet werden, daß schon von der Auskunftsfreudigkeit der Betriebe oder der berichtenden Einheiten ein spezifischer Fehler in das Primärmaterial einging, von dem man übrigens nicht wußte, ob er die Zahlen überzeichnete oder unterzeichnete. Man konnte eigentlich beides begründen.

Ein weiterer Fehler entstand bei der Problematik neuer Produkte – das ist ein allgemeines statistisches Phänomen, das aber im Fall der DDR eine besondere Qualität bekam. Die vorgegebene Plankennziffer „Erneuerungsrate der Produktion“ hat die Betriebe sicherlich veranlaßt, auch geringe Veränderungen als Neuerung zu deklarieren und mit höheren Preisen abzurechnen. Damit war die reale Entwicklung in unbekanntem Umfang überhöht, denn es ist ziemlich unmöglich, bei höheren Preisen auseinanderzurechnen, was ist nun bessere Technik und bessere Qualität und was ist eine reine Preissteigerung. Außerdem hatte die Statistik in der DDR ganz offiziell die politisch – ideologische Grundfunktion der Agitation und Propaganda. Das war augenfällig bei der Auswahl der Daten und ihrer Kommentierung in den Planerfüllungsberichten. Diese Rolle der Statistik, also Propaganda und Agitation, ist sicherlich auch Anlaß dafür gewesen, Daten nicht oder nicht mehr zu veröffentlichen, absolute Zahlen auf Anteile oder Indexreihen zu reduzieren und Umgruppierungen ohne Erläuterungen vorzunehmen.

Die DDR-Forscher in der Bundesrepublik waren sich aber weitgehend darüber einig, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Zahlen von dieser nicht bewußt verfälscht worden sind. Dieser Satz stammt aus den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland von 1987. Er steht zwar in dem Teil, den das DIW zu verantworten hatte, er ist aber von der Kommission, die diese ganze Arbeit begleitete und diskutierte, mit unterschrieben worden. Die Kommission wurde geleitet von Herrn Professor Thalheim, es waren außerdem Herr Professor Engels, Herr Professor Förster, Herr Professor Gutmann, Herr Professor Helmstädter, Herr Professor Krupp, Herr Professor Neumann und Herr Professor Schüller aus den unterschiedlichsten Universitäten und auch aus den unterschiedlichsten Ansätzen der DDR-Forschung in der Bundesrepublik daran beteiligt. Dieser Satz, „nicht verfälscht und nicht bewußt verfälscht oder verändert worden“, bewirkte, daß die Daten auch allgemein in der Bundesrepublik verwendet wurden, wobei man sich selbstverständlich der Schwierigkeiten des Materials bewußt war.

Zur Frage der Vergleichbarkeit: Diese Vergleichbarkeit wurde durch unterschiedliche Begriffe und Abgrenzungen sowie durch die unterschiedliche Bewertung (DM/Mark der DDR) beeinträchtigt. Die begriffliche Einheitlichkeit war – wenn auch mühsam – herzustellen, das Problem der Bewertung jedoch war ganz gravierend. Es war nicht ohne weiteres möglich, die in den jeweiligen Währungseinheiten ausgedrückten Wertgrößen der beiden deutschen Staaten zu vergleichen. Ein Vergleich stand aber im Westen gerade im Mittelpunkt des Interesses.

Im DIW hatten wir ein umfangreiches Archiv aufgebaut, um Lücken zu füllen und Aussagen zu fundieren, auch haben wir immer versucht, die Konsistenz der Ergebnisse zu überprüfen. Diese Arbeitsweise zeigte sich in den zahlreichen und z.T. sehr ausführlichen Anmerkungen einmal zu den Quellen, dann zu den Methoden und dann außerdem in den Fußnoten. Das Problem der Vergleichbarkeit konnte allerdings nur teilweise gelöst werden. Relativ einfach war es, wo für den Vergleich auch Mengenangaben zur Verfügung standen. Dies galt z. B. für die Produktion der Landwirtschaft und die einiger produzierender Zweige. In anderen Fällen konnte ein „Austauschverhältnis“ zwischen der DM und der Mark der DDR ermittelt werden. Ausführlich geschah dies bei unseren Vergleichen der Kaufkraft, wo die Mitarbeiter der DDR-Gruppe im DIW durch Läden in Ost und West gingen und Preise für vergleichbare Produkte sammelten. Ich war damals Spezialist für Leder und Kosmetik. Für die Industrieproduktion war es sehr schwierig. Wir haben da z.T. Mengenangaben verwendet oder – auf der Grundlage von Einzelmeldungen – Erzeugerpreisparitäten geschätzt. Keine Lösung für die Vergleichbarkeit gab es jedoch z. B. für die Daten des Anlagevermögens. Ein sehr wichtiger Punkt.

Zu den Ergebnissen: Im DIW wurden regelmäßig kurze Berichte, längere Aufsätze und ausführliche Untersuchungen über die DDR publiziert. Größere Verbreitung fanden die „Handbücher DDR-Wirtschaft“, die außerhalb der eigentlichen DIW-Publikationen – 1971, 1974, 1977 und 1984 – erschienen sind. Wichtige Sachverhalte über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im geteilten Deutschland wurden in den Materialien (1971, 1972, 1974 und 1987) vorgelegt. Was ich jetzt an Ergebnissen vorstellen werde, ist überwiegend aus den Materialien von 1987 entnommen. Diese sind leider nicht so gelesen worden, wie wir eigentlich gehofft hätten. Professor von der Lippe, der in der vorhergegangenen Enquete-Kommission einen Bericht über die Statistik machte und hierbei auch das DIW angriff, hat offenbar erst in der Druckfassung seiner Untersuchung gemerkt, daß wir 1987 eine Neuberechnung vorgelegt hatten. Herr Schneider, der nachher noch hier referieren wird, zitiert für unsere Fehleinschätzung der Produktivität eine Quelle von 1978, aber 1987 haben wir es dann neu berechnet.

Also zur Frage der Produktivität und Leistungsfähigkeit der DDR: Das ist für diese Materialien bei uns in einer aufwendigen Arbeit neu durchgerechnet worden. Wir haben die Rahmendaten der offiziellen amtlichen Statistik durch Sekundärmaterial aus unserem Archiv ergänzt. Ein wichtiger Baustein für die

Vergleichbarkeit war dabei die Ermittlung von disaggregierten Bewertungsfaktoren. Das Ergebnis dieser differenzierten Untersuchung zeigt, daß der Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik schon 1970 erheblich größer war, als angenommen. Schon 1970 waren belief sich der Rückstand nicht auf 30 %, sondern auf 50 %. Für 1983 ergab sich eine Leistung je Beschäftigten in der Industrie der DDR von rund 50 % des Niveaus in der Bundesrepublik.

Auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität wurde in einer Modellrechnung neu berechnet. Für die Landwirtschaft ist in den Materialien eine Arbeitsproduktivität von 41 % des Niveaus der Bundesrepublik ermittelt worden. Zusammen mit der Neuberechnung für die Industrie und einer differenzierten Schätzung für die anderen Bereiche ergab sich auch eine gesamtwirtschaftliche Leistung je Beschäftigten in der DDR im Jahre 1983 von 49 % des Niveaus der Bundesrepublik. Die Ergebnisse insgesamt und im einzelnen sowie ihre statistischen und methodischen Probleme sind damals in den Materialien ausführlich dokumentiert worden. Eine spätere Neuberechnung ist nicht mehr gemacht worden, denn eine derartige Art der Berechnung ist umfangreich und zeitraubend.

Für den Vergleich des Lebensstandards sind wir wirklich durch die Geschäfte gegangen und haben die Preise für halbwegs vergleichbare Waren – insgesamt etwa 700 Stück – zusammengesammelt. Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der DDR betrug 1983 rund 46 % des Haushalts von Arbeitnehmern der Bundesrepublik Deutschland. Der um Kaufkraftunterschiede bereinigte Einkommensrückstand von Arbeitnehmerhaushalten in der DDR gegenüber denen in der Bundesrepublik Deutschland belief sich auf 50 %.

Zum Punkt Anlagevermögen: Das war methodisch einfach nicht machbar. Vorhin sagte Herr Eppelmann, daß es eine Schätzung von Herrn Rohwedder von 600 Milliarden DM gegeben habe. Dies war aber keine richtige Kalkulation und auch keine fundierte Schätzung. Ich erinnere mich noch ganz genau daran, daß Herr Rohwedder diese Feststellung mit der Bemerkung einleitete „da wüßte man doch gern, was der ganze Salat so wert ist“. Er hat wirklich „Salat“ gesagt und die Rechnung wie folgt beschrieben: Also 1.200 Milliarden stehen in der Statistik, rechnen wir einmal 1: 4, dann sind wir bei 300 Milliarden. Das sind nur Gebäude und Ausrüstungen, da fehlen noch die Grundstücke. Also: noch einmal 300 Milliarden dazu, dann sind wir bei 600 Milliarden. Herr Rohwedder hat niemals behauptet, daß er da irgend etwas fundiert geschätzt oder kalkuliert hätte. Zum Thema Anlagevermögen haben wir im DIW keinen Niveauvergleich gemacht, wir haben allerdings bei unseren Recherchen festgestellt, daß sich die Produktionsanlagen in außerordentlich schlechtem Zustand befanden.

Nur eine Bemerkung: In Leuna gab es offiziell 12.000 Instandhalter der Anlagen, das waren 40 % der Beschäftigten. Diese Tatsache haben wir auch in den Materialien genannt. Wir haben überall, wo wir über das Alter der Anlagen

etwas in Erfahrung bringen konnten, das festgehalten. Auf diese Weise hätte eine sorgfältige Lektüre dann schon einen Eindruck davon vermitteln können, daß Anlagen und Technik veraltet waren, Verkehrsnetz und Fernmeldenetz ungenügend und ganze Stadtzentren sanierungsbedürftig waren.

Fazit: Es war schwierig mit den Daten und Fakten aus der DDR. Man konnte sich aber – auch hier im Westen – über wichtige ökonomische Grundtatbestände informieren.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Volze bitte.

Dr. Armin Volze: Ich erfülle hier den Auftrag, über die Wahrnehmung der DDR-Wirtschaft im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in der Zeit von 1970 bis 1989 zu berichten. Ich muß dazu einige kurze persönliche Vorbemerkungen machen. Ich bin im April 1970 aus dem Bundeswirtschaftsministerium in das gerade umbenannte Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) gewechselt. Dieser Wechsel hatte mehrere Gründe. Ich interessierte mich für die DDR, hatte eine spezielle Vorliebe für bilaterale Verhandlungen und war überzeugt, daß sich auf dem Gebiet der innerdeutschen Beziehungen in Zukunft einiges bewegen würde. Diese Erwartung ist nicht enttäuscht worden, wenn auch das Gewicht des BMB in diesem Prozeß aus vielfachen Gründen immer stärker abnahm.

Ich übernahm 1970 im BMB die Leitung des Referates für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr und Post mit drei Mitarbeitern. Schon nach einem Jahr begann eine höchst intensive Arbeitsphase, ausgelöst durch das Viermächteabkommen über Berlin als Startschuß für die vertragliche Ausgestaltung der innerdeutschen Beziehungen. Ich selber wurde durch diese operativen Aufgaben bis in die späten 70er Jahre fast vollständig in Anspruch genommen. Zunächst waren es die Verhandlungen über das Transitabkommen, danach kamen Verkehrsabkommen, Postabkommen und vieles andere mehr. Während dieser Zeit hat jeweils einer meiner Mitarbeiter im Referat die Aufgabe Wirtschaftsbeobachtung DDR selbständig wahrgenommen. Ich selbst konnte mich der Wirtschaftsbeobachtung erst gegen Ende der 70er Jahre und vor allem dann in den 80er Jahren zuwenden.

Ich habe heute zwei Schwierigkeiten, wenn ich gefragt werde, wie ich die wirtschaftliche Situation der DDR eingeschätzt habe. Einmal habe ich die Entwicklung in den 70er Jahren – die, wie ich heute glaube, ganz entscheidend war – mehr oder weniger nur aus der Entfernung und aus zweiter Hand wahrgenommen. Das zweite Problem ist, daß ich heute auf mein zweifelhaftes Gedächtnis und einige Zufallsunterlagen angewiesen bin, denn ich habe seinerzeit (fast) nichts publiziert und habe keinen Zugang mehr zu den Akten. Man ist dann leicht in der Versuchung, sich ex post als prophetisch zu empfinden. Ich benutze deshalb jede sich bietende Gelegenheit, im Gespräch mit sachkundigen Kollegen und Freunden mich meiner früheren Einschätzung zu vergewissern. Das Ergebnis ist so befriedigend, wie es sein kann. Man versichert mir,

ich sei immer äußerst skeptisch gewesen und hätte in den 80er Jahren sogar das wirtschaftliche Ende der DDR vorausgeahnt. Das letztere lassen wir einmal dahingestellt, aber die Tatsache, daß ich skeptisch gewesen bin, glaube ich unbesehen, weil Skeptizismus zu meinem Wesen gehört.

Ein Ministerium ist kein Forschungsinstitut. Wir konsumierten im Wirtschaftsreferat des BMB die Erkenntnisse und Forschungsergebnisse anderer und werteten sie unter politischen Aspekten aus. Dabei interessierten uns weniger wissenschaftliche Methodenfragen, die internen wirtschaftlichen Abläufe in der DDR und das Funktionieren der Planwirtschaft im Detail, sondern es interessierten die konkreten, politisch relevanten Ergebnisse. Dazu gehörte die generelle Frage: Wie stark oder schwach ist die DDR ökonomisch, und wie wird sie sich weiterentwickeln? Speziell interessierten die Punkte:

1. Wie ist die Versorgungslage und wie reagiert die Bevölkerung darauf?
2. Wie steht es mit der Außenhandelsabhängigkeit und mit der Westverschuldung?

Aus der Einschätzung dieser Fragen konnten sich operative Ansätze für humanitäre Maßnahmen oder für Verhandlungen mit der DDR über Verbesserungen im Berlinverkehr oder im Reiseverkehr ergeben. Es ging letztlich also um die Frage, ob die Zeit günstig war, um für wirtschaftliche Konzessionen politische und humanitäre Zugeständnisse zu erhalten. Es ging nicht mehr – um das hier ganz deutlich zu sagen – um die Frage: Wann bricht die DDR endlich wirtschaftlich zusammen und wie kann man das noch beschleunigen? Das war die Perspektive der 50er und 60er Jahre, nicht mehr die nach 1970 unter allen Regierungen, die in dieser Zeit regiert haben.

Unsere Informationen über die Wirtschaftslage der DDR stammten aus nachrichtendienstlichen und diplomatischen Erkenntnissen, aus Berichten unserer Ständigen Vertretung in Ostberlin, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Deutschen Bundesbank und aus den Analysen wissenschaftlicher Institute. Ich erwähne von den Instituten das dem Ministerium nachgeordnete Gesamtdeutsche Institut, über das Herr Buck nachher noch sprechen wird, und die Forschungsstelle – ein Residuum des früheren Forschungsbeirats unter der Leitung Professor Thalheims, auf deren verdienstvollen jährlichen Symposien im Berliner Reichstag sich alles traf, was sich im Westen mit der DDR-Wirtschaft beschäftigte. Eine besondere Bedeutung in der empirischen DDR-Forschung hatten die Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, über die Frau Cornelsen eben schon berichtet hat.

Es wird einmal, wenn alle Archive und Akten geöffnet sind und nicht nur die veröffentlichten Forschungsergebnisse zur Verfügung stehen, eine interessante Aufgabe sein, die westlichen Erkenntnisse darauf abzuklopfen, inwieweit sie von den Realitäten der DDR-Wirtschaft entfernt waren. Das sollte ohne billige Überheblichkeit geschehen, denn die Aufgabe war schon sehr schwierig. Der Informationsnebel, den die DDR verbreitete, machte die veröffentlichten Angaben und Statistiken zu einer zweifelhaften Arbeitsgrundlage für gesamtwirt-

schaftliche Analysen, und viel anderes gab es nicht. Nach meiner Erinnerung waren die veröffentlichten Wirtschaftsanalysen in den 80er Jahren mehr oder weniger auf Moll gestimmt, sie unterschieden sich nur durch die Intensität ihrer Molltöne. Dabei muß man auch einen gewissen Gewöhnungsprozeß in Rechnung stellen: Die schlechten Nachrichten wurden zur Regel, DDR-Verlautbarungen wurden immer zweifelhafter, aber trotzdem passierte nichts Dramatisches. Man kann sich auch an das Siechtum eines Kranken gewöhnen, nimmt die graduellen Verschlechterungen kaum noch wahr und rechnet nicht mehr mit dem Exitus. So ging es auch der westdeutschen Wirtschaft und den Banken in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – etwa beim Honeckerbesuch 1987, wenn ich daran noch erinnern darf.

Meine persönliche Einschätzung der DDR-Wirtschaftslage in dieser Zeit war wohl etwas düsterer als der Durchschnitt. Sie speiste sich hauptsächlich aus drei Quellen. Mein Kollege Rösch aus dem Bundeswirtschaftsministerium hatte als Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel (TSI) durch seinen ständigen Umgang mit DDR-Wirtschaftlern und Kombinatdirektoren einen guten Einblick in die DDR-Wirklichkeit und wurde immer pessimistischer, besonders was die Leistungsfähigkeit der DDR-Exportindustrie anging. Seine Informationen wurden ergänzt durch Berichte eines führenden Vertreters des Diakonischen Werkes, der die sog. „Kirchengeschäfte“ abwickelte und gute Kontakte zu Koko-Funktionären, auch zu Schalck persönlich hatte. Er besuchte mich gelegentlich und gab die dort herrschende Stimmung wieder. Und schließlich hatte ich noch einen Kollegen im Gesamtdeutschen Institut, der häufig und regelmäßig Mutter und Schwester in Nordhausen besuchte und sich mit Schulkameraden traf. Das waren dann Berichte über den Verfall der Städte, zunehmende Versorgungsschwierigkeiten und eine miserable Stimmung in der Bevölkerung.

Diese drei Quellen haben, ergänzt durch Berichte von gelegentlichen Besuchern im Ministerium oder auch durch eigene Eindrücke bei Verhandlungsterminen in der DDR, mein DDR-Bild in den späten 80er Jahren wesentlich geprägt. Ich verfüge glücklicherweise noch über ein Manuskript aus dem Mai 1989, dem ich meine damalige Einschätzung entnehmen kann. Es handelte sich um einen Vortrag in Hamburg über die Wirtschaftslage der DDR vor Landesbeamten, die für den innerdeutschen Handel zuständig waren und meine Skepsis nicht durchgängig mit Zustimmung aufnahmen. Nach einer Analyse der Planerfüllung 1988 heißt es in dem Manuskript zur Ursache der beobachteten Wachstumshemmungen und der Stagnation:

„Das Arbeitskräftepotential ist erschöpft, die Arbeitsmoral sinkt. (Diese Feststellung galt natürlich nur unter den besonderen Bedingungen der DDR, denn es gab ja viele Arbeitskräfte, die nicht richtig beschäftigt waren).

- Die Bodenschätze der DDR nähern sich der Grenze der Abbauwürdigkeit.
- Die Produktionsanlagen sind weithin veraltet, die Investitionen reichen nicht aus für eine umfassende Modernisierung. Die Infrastruktur ist verrottet.

- Das System arbeitet mit großen Effizienzdefiziten. Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung werden nicht schnell genug umgesetzt.
- Die Außenwirtschaft ist kein Wachstrumsfaktor. Das industrielle Niveau der DDR reicht nicht aus, um angesichts der schnellen Entwicklung der Weltmärkte und der wachsenden Konkurrenz im Westhandel bei anspruchsvollen Industrieprodukten mithalten zu können. Die Entwicklung im RGW könnte eine bisher verlässliche Säule des Außenhandels gefährden. Die Absatzmärkte in der Sowjetunion sind nicht mehr sicher. Auch sowjetische Rohstofflieferungen zu günstigen Preisen sind keine Selbstverständlichkeit mehr.

Wie könnten diese Defizite aus der Welt geschafft werden? Sicher nicht mit einem Schlag und auch nicht mit Patentrezepten. Auf zwei Dinge dürfte es entscheidend ankommen:

1. Die DDR braucht in der Sache eine Kapitalzufuhr erheblichen Ausmaßes. Es wird zu wenig investiert, zu punktuell und nicht in der Breite und viele Investitionen sind nicht hochproduktiv wie z. B. die in die Braunkohle. Die Kapitalzufuhr kann nach Lage der Dinge nur aus dem Westen kommen. Sie ist aber kaum denkbar ohne politische Zugeständnisse in Richtung Menschenrechte und ohne durchgreifende Wirtschaftsreform. Auf die Dauer wird westliches Kapital nur in die DDR gehen, wenn die Kredit- oder Kapitalgeber davon überzeugt sind, daß ihr Geld produktiv verwendet wird und Zinsen und Rückzahlungen erwirtschaftet werden können. Noch weitergehende Voraussetzungen würden gefordert werden, wenn jemals daran gedacht werden sollte, Osteuropa und der DDR mit einer Art Neuauflage des Marshallplans auf die Beine zu helfen.
2. Wie in anderen RGW-Staaten gibt es auch in der DDR eine Systemkrise. Sie ist aus historischen Gründen und wohl auch dank der Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland nicht so ausgeprägt und augenfällig und wegen des Fehlens von Glasnost auch nicht in der offenen Diskussion. Aber wahrscheinlich ist es nur die alte Garde, die noch daran glaubt oder es sich einredet, daß das Zentralplanungssystem der DDR und das Kombinatssystem, also die Kommandowirtschaft, die optimale Lösung darstellen und es keiner neuen Elemente bedürfte wie autonome Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte, Marktprozesse, joint ventures und schließlich auch Konvertibilität. Eine Bereitschaft zur Reformen ist in der DDR nicht zu erkennen. Die gegenwärtige Führungsriege setzt auf Weitermachen und Abwarten, in der Hoffnung, daß das dicke Ende dünner wird, wenn es später kommt. Sie wartet darauf, daß die sowjetischen Reformen sich totlaufen und das RGW zu den alten Prozeduren zurückkehrt. Auch die Führungsmannschaft nach Honecker wird das Ruder nicht so herumwerfen und herumwerfen können, wie das in anderen osteuropäischen Staaten geschieht.

Diese Zurückhaltung hat ihre guten Gründe. Die DDR ist in einer besonderen Situation, sie hat keine zweifelsfreie nationale Identität. Wirtschaftsreformen führen zunächst mit Regelmäßigkeit zu wirtschaftlichen Rückschlä-

gen, wie man das jetzt in der Sowjetunion sieht. Jede DDR-Führung muß befürchten, daß krisenhafte Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Anfangsphase von Reformen die Existenz der DDR auf Spiel setzt. Das ist der tiefere Grund für die besondere Reformunwilligkeit, den Konservatismus und die Risikoscheu der DDR-Verantwortlichen. Es sind nur ganz langsame Reformprozesse zu erwarten. Die Alternative wären sonst jähe, bruchartige Entwicklungen mit kaum kalkulierbaren politischen Folgen.“

Soweit das Zitat. Das kann man heute noch vorlesen, ohne rot zu werden. Aber es war natürlich auch nicht die ganze Wahrheit. Auch diese pessimistische Analyse deutet die Endlichkeit der DDR allenfalls an, sie hat keinerlei Wiedervereinigungsaspekt und schon gar kein Wiedervereinigungskonzept, höchstens die Vorahnung einer Konföderation.

Sie geht auch nicht von einem unmittelbar bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR aus. Meine Zurückhaltung in diesem Punkt hatte zwei Gründe. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, daß die Sowjetunion die DDR als ihre wichtigste Kriegsbeute aufgeben würde, und ich hielt die Sowjetunion, trotz der im Text gemachten Einschränkungen, immer noch für leistungsfähig genug, im schlimmsten Krisenfall wirtschaftliche Hilfe fürs Überleben zu gewähren. Das war eine eindeutige Fehleinschätzung.

Der zweite Grund war, daß die DDR 1989 so unmittelbar vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch auch gar nicht stand. Produktion und Versorgung liefen noch und wären *ceteris paribus* auch noch weitergelaufen. Es ist eine interessante, aber natürlich müßige Frage, ob es unter Wiedervereinigungsaspekten nicht besser gewesen wäre, wenn dem politischen Zusammenbruch der wirtschaftliche vorausgegangen oder wenigstens synchron mit ihm abgelaufen wäre. Das hätte mancher DDR-Nostalgie von heute vorgebeugt.

Aber, wird man mir entgegenhalten, war die DDR nicht doch 1989 wirtschaftlich am Ende, wenn auch vielleicht nicht generell, so doch wegen der Devisenverschuldung?

Das Thema ist heute schon einmal angesprochen worden. Die Devisenverschuldung hat uns in den ganzen 80er Jahren außerordentlich interessiert, weil sie von unmittelbarer politischer Bedeutung war. Wir hatten einen guten Überblick über die DM-Zuflüsse, die die DDR aus den innerdeutschen Beziehungen hatte (Pauschalen, Einnahmen aus dem Reiseverkehr u. a.) und die für die Bedienung ihrer Westverschuldung von großer Bedeutung waren. Das BMB mußte bis zur ersten Wende 1982 dazu alljährlich eine Parlamentarische Anfrage federführend beantworten, wir haben dieses Zahlenwerk anschließend intern fortgeschrieben.

Auf der anderen Seite lieferten die Veröffentlichungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) seit Mitte der 70er Jahre ein Bild der Verschuldung der DDR in konvertiblen Devisen, das wir mit einigen Hinzuschätzungen für repräsentativ hielten. Nachdem die DDR 1981/82 in eine echte Li-

liquiditätskrise hineingerutscht war, haben wir in einer inoffiziellen Arbeitsgruppe im BMB mit Vertretern anderer Ressorts, der Deutschen Bundesbank und der Institute die drohende Illiquidität der DDR und das Krisenmanagement sehr aufmerksam verfolgt, bis sich die Lage zu beruhigen schien. Wir haben damals wohl zutreffend analysiert, wie sich die DDR zusätzliche Devisenliquidität durch Einfrieren der Westimporte, durch eine (verzweifelte) Exportoffensive und durch sog. Drehgeschäfte auf dem Mineralölmarkt beschafft und daß sie mit diesen Mitteln einen beachtlichen Guthabenbestand zur Verbesserung ihrer Kreditwürdigkeit aufgebaut hat. Wir haben im Kern auch die Mittagssche Philosophie nachvollzogen, die Guthaben noch aufzustocken und nicht zur Tilgung der Bruttoverschuldung zu benutzen. Ich muß einräumen, daß wir von den Straußschen Milliardenkrediten überrascht wurden. Diese Milliardenkredite waren aber nicht mehr unmittelbar aus Liquiditätsgründen notwendig. Ich verweise auf Herrn Dr. Schürer, der diese Tatsache bereits erwähnte. Die schleichenden und verheerenden Folgen des Mittagsschen Krisenmanagement haben wir zwar gesehen, aber vielleicht unterschätzt. Von den Zahlen her schien die Devisenverschuldung der DDR bis zuletzt, also auch 1989 nicht als exorbitant, so sahen das auch die Banken, und geradezu irritierend war, daß die DDR im innerdeutschen Handel ihre Kreditmöglichkeiten einschließlich des Swings immer weniger ausnutzte.

Um so größer war die Überraschung, als nach der Wende im Dezember 1989 vor der Volkskammer die Nettoverschuldung der DDR mit 20,6 Milliarden Dollar beziffert wurde. Das wäre fast das Doppelte gegenüber den gängigen Berechnungen auf der Grundlage der BIZ-Zahlen gewesen. Die Frage, ob die DDR in der Verschuldungsfrage die BIZ und damit auch uns tatsächlich in einem solchen Ausmaß in die Irre führen konnte, hat mich nicht losgelassen, auch nachdem ich Anfang 1990 in den Ruhestand gegangen war. Ich bin der Frage über Jahre nachgegangen, abgelenkt durch zahlreiche Nebenthemen, und konnte erst im letzten Herbst einen Aufsatz zum Thema der Westverschuldung Ende 1989 im Deutschland Archiv veröffentlichen, auf den Dr. Schürer schon hingewiesen hat. Ich glaube, herausgefunden zu haben, daß in erster Linie die ungenügende Berücksichtigung des Koko-Bereichs die Zahlen von Ende 1989 aufgebläht hat und daß im Ergebnis die westlichen Schätzungen nicht wesentlich unter der realen Westverschuldung der DDR lagen. Damit bestand auch Ende 1989 für die DDR keine akute Gefahr der Illiquidität. Zugleich ist aber auch deutlich geworden, daß diese niedrigere Verschuldung – auch wenn die Verhältnisse sich 1990 nicht so dramatisch verändert hätten – nicht mehr lange hätte fortgeführt werden können, jedenfalls nicht ohne tätige Hilfe der Bundesrepublik Deutschland. Ich versuche, auch dieser interessanten Frage nachzugehen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank Herr Dr. Volze. Ich bitte nun Herrn Professor Schneider von der Universität Bamberg, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, für meinen Beitrag zur „wechselseitigen Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“, habe ich hier als Maßstab die Arbeitsproduktivität gewählt. Wenn man die Produktivität in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR untersucht, hat man einen Maßstab für die Effizienz des gesamten Produktionsprozesses. Ich bitte Sie, die Produktivitätsvergleiche der beiden deutschen Staaten den Abb. 2 und 3 (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 1) aus meinem Referat zu entnehmen.

Die Abbildungen zeigen einmal die fiktive Produktivität der DDR aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland (Schätzungen des DIW) und dann die fiktive Produktivität der DDR aus DDR-Sicht. Des weiteren wird die reale Produktivitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in DM-Preise von 1985 (je Einwohner) angegeben. Die Produktivitätsvergleiche der beiden deutschen Staaten zeigen, daß die vor 1989 geschätzte (fiktive) Produktivität der DDR aus der Sicht der Bundesrepublik (DIW-Sicht) und diejenige aus eigener Sicht der DDR nahe beisammen stehen. Das heißt, die DDR schätzte den Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik in etwa so hoch ein, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. In Begründungsunterlagen der Staatlichen Plankommission für das Politbüro im Herbst 1988 wurde die Arbeitsproduktivität der DDR (sogenannte „produktive Bereiche“) im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland für 1980 mit 70 % und 1988 mit 72 % angegeben, das heißt die DDR hätte in dieser Zeit höhere Wachstumsraten als die Bundesrepublik gehabt. In einem DIW-Bericht von 1978 wurde festgestellt: „Das Wachstum des Sozialprodukts in der Bundesrepublik und der DDR war von 1960 bis 1976 annähernd gleich schnell. [...] Umgerechnet auf DM-Mark (West) ergibt sich ein Rückstand der DDR im pro-Kopf-Sozialprodukt von etwa einem Fünftel gegenüber der Bundesrepublik. Dieser Rückstand wurde in anderen internationalen Untersuchungen bisher erheblich höher angesetzt. [...] Deutlich wird, daß die vorliegende Rechnung die Hypothese von der sich weiter öffnenden Schere im west- und ostdeutschen Leistungsvergleich widerlegt: Zumindest seit 1967 hat sich die relative Position der DDR nicht verschlechtert. [...] Die heute weithin üblichen Vorstellungen scheinen systematisch die Position der DDR zu unterschätzen [...]“.

Warum überschätzte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Produktivität der DDR?

Ein Teil der Gründe wurden hier von Frau Dr. Cornelsen vorgebracht. Ein Grund liegt insbesondere im Bruttoprinzip. Durch das verwendete Bruttoprinzip kommt es grundsätzlich zur Überschätzung der physischen Volumina. Wegen der Qualitätsmängel etc., die sich normalerweise in Preisabschlägen niederschlagen, kommt es zu weiteren Luftblasen. Der folgende Grund ist bisher noch nicht erwähnt worden: Durch den Übergang der westlichen Währungen zur Konvertibilität nach 1958 und durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte, kommt es zur dynamischen Bewertung der Währungen durch die Märkte, ab 1968 verliert das Geld sein Odium der Stabilität endgültig und nach 1971 (Zu-

sammenbruch des Systems der festen Wechselkurse [Bretton Woods-System] und 1973 Übergang zu flexiblen Wechselkursen) verändert sich das Paritätengitter der Währungen in der Weltwirtschaft erheblich. Dies bereitet der DDR-Wirtschaft unglaubliche Schwierigkeiten, weil damit das Rechnen, sagen wir einmal in festen Größen, unmöglich wird. Dadurch geht den sozialistischen Ländern auch der zweite Fixpunkt einer stabilen Planungsgrundlage verloren.

Zur Einschätzung des DIW: Soweit sich das DIW mit dem Lebensstandard beschäftigte, waren die Ergebnisse sehr brauchbar, bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verfiel sich das Institut in den gleichen Fallstricken, wie die DDR-Behörden. Verstärkt wurde die Überschätzung von Jahr zu Jahr auch deshalb, weil man sich partiell auf bestehende Schätzungen stützte, die ebenfalls bereits von Anfang an überhöht waren. So wurden die Folgefehler immer größer. Die Wahrnehmung der DDR-Verhältnisse stimmte nämlich schon während der 50er Jahre nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein.

1958 beabsichtigte die Sowjetunion, die kapitalistische Welt zu überholen. Die DDR sollte mit dem Siebenjahrplan Westdeutschland überholen. Ich zitiere jetzt Bruno Gleitze, der zeigt, wie es damals zu dieser Überhöhung kam:

„Der Startschuß war gegeben, und der sowjetzonale Planapparat setzte sich in Bewegung. Die Zonenpolitiker gerieten in einen Rauschzustand, der nur in Diktaturen möglich ist, da die orientierende Kontrolle fehlt. In der Sowjetzone war das Klima für die bakteriologische Züchtung des Größenwahns zu dieser Zeit günstig, der Bazilluss mehrte sich kräftig. Er befahl auch sonst nüchterne Planrechner. Das hatte mehrere Gründe.“ Und weiter: „Die Heimtücke der Bruttorechnung in der Plandisposition war den Verantwortlichen für die sowjetzonale Planung offenbar noch nicht aufgegangen. Bis dahin nahmen sie die Übersteigerungen aus der verzerrten Bruttorechnung als eine für das politische Selbstbewußtsein durchaus begrüßenswerte Nebenerscheinung hin. Jetzt wurden sie ihr Opfer. Im Rausch der von Moskau ausgegebenen Direktive waren sie auch gar nicht in der Lage gewesen, die Weiche von der nominellen Rechnung mit aufgeblähten Größenordnungen zur realen Rechnung der Wirtschaftsstatistik umzustellen, wie das in der aufkommenden Konjunkturforschung der Marktwirtschaft schon ein halbes Jahrhundert früher geschah.

Drittens: Noch herrschte die Illusion vor, über bedeutende Reserven für die Produktionssteigerungen zu verfügen“.

Zum Thema Illusion von Gerhard Schürer und Günter Mittag von der DDR-Wirtschaft bitte ich Sie, die Abbildung 1 aufzuschlagen.

Die Abbildung zeigt phantastische Vorstellungen über die DDR-Wirtschaft. Unter der Überschrift „Fiktion der Planer in der DDR“ wird die Produktivität der DDR nach Einschätzung von Schürer, die reale Produktivität der DDR und die reale Produktivität der BRD veranschaulicht. Graphisch umgesetzt kann man der Darstellung für das Jahr 1936 einen Gleichstand entnehmen. Im Jahr 1950 wurden dann die Zahlen gleichgezogen. Die DDR erreichte im Jahr 1950 maximal 60 % der Produktivität der Bundesrepublik, d. h. dieser Fehler, der in

der Statistik beruhte, den gab es von Anfang an. Wenn man hier in die Bereiche, sagen wir einmal der Betriebe noch hineingeht, in die Reparationen (Herr Privatdozent Dr. Schwarzer hat geschätzt, daß damals etwa 30 % zur Machtsicherung allein ausgegeben worden sind), wenn man das hinzunimmt, kann man feststellen, daß in der Bundesrepublik Anfang der 50er Jahre doppelt so viel investiert worden ist. Wenn man hier das hinzunimmt, was Herr Schenk berichtet, nämlich was nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 von der Schwerindustrie in die Leichtindustrie umgeschaufelt wurde, wo eigentlich auf Zufrage Investitionen von einem Sektor innerhalb von zwei Tagen von einer Milliarde Mark umgeschaufelt wurden, dann ist es unglaublich, daß die Produktivität der BRD und die der DDR einfach mit 100 gleichgesetzt wurden.

Aus der Sicht von Herrn Schürer betrug die Produktivität der DDR im Jahre 1989 70 % bis 80 % real. Nach den Berechnungen, die Herr Privatdozent Dr. Schwarzer unternommen hat, waren es maximal 20 %. Ähnlich der von Schürer war die Berechnung von Mittag, die er publizierte, das finden wir aber auch in der Staatlichen Plankommission und zwar in dem Buch „Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000“ von Koziol und Otto Reinhold. Sie sehen dort, daß die Produktivitätsentwicklung der DDR von 1970 bis 1990 der Produktivitätsentwicklung der Bundesrepublik davon eilt. Der schwach schattierte Bereich zeigt die reale Entwicklung der Bundesrepublik. Der andere Bereich offenbart die Fälschung von Statistiken zur Produktivitätsentwicklung in der DDR. Ich habe lange überlegt, ist es Fiktion, ist es Fälschung, ist es Betrug. Ich gehe heute davon aus, daß ein Teil Fiktion war.

Die Wirtschaft in der SBZ/DDR startete schlecht und blieb in den Startlöchern quasi kleben. Die Währungs- und Wirtschaftsreform 1948 in den Westzonen war in Verbindung mit der Marshallplanhilfe die Initialzündung für hohe Investitionen, um den hohen Kapitalstock auszuweiten und zu modernisieren. Die Klasse der Unternehmer, die Träger des technischen Fortschritts (Schumpeter), wurden von der SED liquidiert und floh zum großen Teil nach Westdeutschland. Dies war die „Marshallplanhilfe“ von Ulbricht und Pieck für die Bundesrepublik: mindestens 7.000 aus der DDR geflohene Unternehmer gründeten in der Bundesrepublik neue Unternehmen, die für den Wiederaufbau einen wichtigen Beitrag leisteten. In einem Forschungsbeitrag in Bayern wird die Zahl auf 700 geschätzt, aber das ist eine Mindestzahl, es waren sehr wahrscheinlich wesentlich mehr.

1956 stellte der Leiter des Staatlichen Zentralamtes für Statistik, Fritz Behrens, fest, daß Investitionen in Westdeutschland 1950 bis 1955 „je Kopf der Bevölkerung um mehr als das Doppelte höher“ als in der DDR waren. Zu gleicher Zeit wurde festgestellt, daß die Investitionen im Bereich der Infrastruktur in der DDR etwa 20 % ausmachten; in der Bundesrepublik waren sie doppelt so hoch. 1967 berichtete der Journalist Nawrocki von der Wirtschaftsredaktion der FAZ, daß es in Ostberlin nicht möglich war, innerhalb von drei Stunden ein Gespräch 50 km weiter vermittelt zu bekommen.

Ich komme jetzt ganz kurz zu dem, was heute morgen auch angesprochen worden ist, den Marxismus-Leninismus. Eine Analyse der Zeitschriften „Einheit“ (1946-1990) und „Wirtschaftswissenschaften“ (1953-1990) und von mehr als 50 marxistisch-leninistischen zum Teil stalinistischen Lehrbüchern zur sozialistischen Betriebswirtschaftslehre und zur politischen Ökonomie zeigt, daß alle Politökonomien nur eine Aufgabe hatten: Legitimation der Parteitagsbeschlüsse und Propaganda für die SED (Abb. 4).

In der Zeit des Nationalsozialismus haben die Wirtschaftswissenschaftler, wenn man von sehr wenigen Ausnahmen absieht, nicht die Reichsparteitage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als „wissenschaftlich“ legitimiert und die Generallinie der NSDAP propagiert.

Die Politökonomien arbeiten im Auftrag der SED, wie es Günter Mittag ausdrückte. Bis zuletzt, zumindest in den Lehrbüchern, hielt der Glaube an die von Stalin 1952 verkündeten objektiven Grundgesetze des Sozialismus an. Die bezeichneten objektiven ökonomischen Gesetze, proportionale Entwicklung usw. haben keinen Bezug zur realen Welt. Voslensky bezeichnete das ökonomische Grundgesetz des Realsozialismus als „phantastischste Behauptung in der offiziellen Politökonomie des Sozialismus“. Die sogenannten marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften in der DDR waren keine Wissenschaften. Die Beschränkung der politischen Ökonomie des realen Sozialismus in der DDR auf Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED hatte zur Konsequenz, daß der ökonomisch reale Sozialismus in der DDR theorieles war. Das heißt, die Ökonomen haben nicht versucht, die Staatliche Zentralplanung zu verwissenschaftlichen, wie es Herr Schürer gemacht hat. Sie hatten ausschließlich die Aufgabe der Propaganda der Parteitage der SED.

Von der Fiktion zur Realität nach 1990: Im Februar/März 1990 absolvierte ein Student der Universität Bonn ein Praktikum am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Der Student zitierte die DIW-Schätzung, die für die DDR 1983 eine Arbeitsproduktivität von rund 50 % der bundesdeutschen angab und bemerkte, daß „die DIW-Schätzung für die Zeit vor 1989 als unkontrovers galt.“

Der Student kam in seinem Praktikumsbericht zu dem Ergebnis, daß die Produktivität der Industrie der DDR schon 1986 bei nur 33 % der bundesdeutschen oder darunter lag.

Am 4. April 1990, das ist meine früheste Information, reduzierte Cord Schwartau vom DIW im Tagesspiegel das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft auf 40 % der bundesdeutschen. In der folgenden Zeit reduzierte das DIW das Niveau stufenweise. Im April 1991 publizierten Wilma Merkel und Stefanie Wahl ihre Neuberechnung eines Bruttoinlandprodukts der DDR und kamen zu dem Ergebnis, daß bei einem Pro-Kopf-Vergleich (d. h. je Einwohner) das Produktivitätsniveau der DDR 1989 bei einem Drittel des bundesdeutschen lag.

Fazit: Bis Ende 1989 wurde die DDR-Wirtschaft in Ost- und Westdeutschland weit überschätzt. Die SED war außerstande, eine realitätsbezogene wirt-

schaftswissenschaftliche Analyse durchzuführen, wie das Dokument vom 27. Oktober 1989 über die Lage der DDR-Wirtschaft zeigte.

An diesem Dokument ist interessant, daß die DDR-Wirtschaftsführung auf eine Finanzierung zurückgegriffen hatte, die die Nationalsozialisten bei der Kriegsführung benutzt hatten. Als der Schleier der Fiktionen und Illusionen von der DDR-Wirtschaft 1989 zurückgezogen wurde, zeigte sich die ungeheure Dimension des Ruins der DDR-Wirtschaft: sie besaß maximal 20 % der Produktivität der bundesdeutschen. Es gibt einen Forscher an der TU in Dresden, Herr Kollege Blum, der konstatierte, daß die DDR 1990 das Niveau gehabt hat, wie 1943/44. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank Herr Professor Schneider, bitte Herr Dr. Romberg, Finanzminister der Regierung de Maizière.

Dr. Walter Romberg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin eigentlich Mathematiker und kein Ökonom und habe mich 1990, wenn ich mich politisch beschäftigt habe, mit kirchlichem Hintergrund um politische und militärische Sicherheitspolitik gekümmert. Aus diesem Grunde erwarten Sie von mir bitte keine kompetenten Aussagen über die DDR-Ökonomie. In Absprache mit dem Veranstalter möchte ich etwas vortragen, was sozusagen zwischen dem Programm von jetzt –Zwischenbilanz der Transformation – steht. Ich möchte sozusagen eine Fallgeschichte berichten, die auch zum Problembereich der Wahrnehmung gehört, Wahrnehmung der Fähigkeiten, der Wirtschaftsorganisierung und Wahrnehmung der Fähigkeiten von Wirtschaftspolitik.

Ich möchte einige historische Bemerkungen zu einem Aspekt der Transformation der DDR-Wirtschaft machen, der den heutigen Zustand der ostdeutschen Wirtschaft entscheidend mitbestimmt hat. Der Aspekt, der für mich der Hauptpunkt des politischen Versagens im deutschen Einigungsprozeß ist: Ich meine das Fehlen 1990 (und später) eines angemessenen wirtschaftspolitischen Strukturanpassungskonzepts für die DDR-Wirtschaft, insbesondere für die Industrie, oder, wenn Sie so wollen, das Fehlen einer der Aufgabe angemessenen Wirtschaftspolitik schlechthin.

Dabei betrachte ich den Zeitraum Februar bis September 1990 aus dem Blickwinkel meiner Erfahrungen als Leiter der DDR-Gruppe in der gemeinsamen Experten-Kommission von Bundesrepublik Deutschland und DDR für die Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft (Februar bis April 1990) und als Mitglied der Regierung de Maizière (April bis August 1990).

Ich unterscheide drei Phasen:

1. Februar bis Anfang April (Regierung Modrow)
2. Mitte April (Beginn der Regierung de Maizière) bis zur Währungsunion (1. Juli 1990)

3. Juli bis September 1990.

Zur ersten Phase:

Nach dem Angebot der Bundesregierung an die Regierung der DDR Anfang Februar 1990 für die Herstellung einer Währungsunion begannen am 20. Februar die Gespräche der gemeinsamen BRD-DDR-Experten-Kommission.

Von der DDR-Seite wurde von Anfang an nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer längeren Strukturanpassungsphase und eines entsprechenden Anpassungsprogramms für die ostdeutsche Wirtschaft hingewiesen. Daß es dabei zu einem solchen Anpassungsprogramm für die DDR-Wirtschaft kommen würde, schien aufgrund der früheren wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Teile Westeuropas – Saarland, Griechenland, Portugal, Spanien – fast selbstverständlich. In einem Papier der DDR-Seite vom 2. März 1990, in dem zunächst darauf verwiesen wird, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40-50 % niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 % der Unternehmen dort bei einem „Wurf in das kalte Wasser“ ohne Förderung in eine Konkurslage kommen, und daß dies mehrere Jahre mit einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5-2 Millionen verbunden wäre, wird festgestellt:

„Wir müssen [...] mit allem Ernst die Frage einer Strukturanpassungsphase für den Übergang zur internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe und Unternehmen für einen Zeitraum von mindestens 3-4 Jahren stellen. Wir halten das für ein Kernstück der Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft“.

Vorgeschlagen wird deshalb die Erarbeitung von Grundsätzen und Modalitäten einer solchen Strukturanpassungsphase in der gemeinsamen Arbeitsgruppe.

Hintergrund für die DDR-Position ist die Expertise des damaligen DDR-Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung vom 22. Februar. Sie enthält die grobe „Konzeption zur Strukturanpassung der Wirtschaft der DDR bei der Herstellung der Währungsunion“. Darin wird geschätzt, daß ca. 80 % der Betriebe und Unternehmen der DDR aller Bereiche nicht konkurrenzfähig und deshalb existenzgefährdet sind. In der Expertise wird ein klares allgemeines industriepolitisches Konzept für die Strukturanpassung vorgelegt mit allgemeinen Kriterien dafür, welche Industrie-Zweige zu fördern bzw. nicht zu fördern sind. Dazu gehört auch das Kriterium, ob im jeweiligen Industriezweig die Kapazitäten der analogen Branche in der Bundesrepublik weitgehend ausgelastet sind oder nicht – d. h. das Konzept ist auf einen mit BRD-Interessen abgestimmten Industriebaufbau ausgerichtet. Dabei spielen das Kriterium „Langfristige Lieferverpflichtung in die Sowjetunion“ und das Kriterium „Absatzmöglichkeit in Osteuropa“ eine Rolle. (Diese beiden letzten Kriterien treten zu dieser Zeit auch in westdeutschen Analysen auf.)

Anhand dieser Kriterien benennt das Strukturanpassungskonzept, welche DDR-Wirtschaftsbereiche unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Förderbe-

reiche sein sollten (z. B. Petrolchemie, wissenschaftlicher Gerätebau, Nachrichtenelektronik u. a.). In einer Grobschätzung werden die erforderlichen Investitionsaufwendungen 1990 bis 1995 mit 700 bis 720 Mrd. DM angegeben.

Fünf Wochen später, im Abschlußbericht der DDR-Experten der gemeinsamen Experten-Kommission vom 11. April, wird wiederum festgestellt:

„Die für eine Übergangsperiode erforderlichen Strukturanpassungsmaßnahmen müssen ein wichtiger Bestandteil der Vereinbarungen zur Schaffung der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft [...] sein [...]“ und „Bisher ist es nicht gelungen mit der BRD-Seite diese Fragen zu erörtern“.

Zur zweiten Phase:

Am 12. April 1990 nimmt die Regierung de Maizière ihre Arbeit auf.

Am 13. April wendet sich der westdeutsche „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ scharf gegen eine ostdeutsche Wirtschaftsreform durch Struktur- und Industriepolitik. Der Sachverständigenrat erklärt:

„An der Frage, ob die Anpassung der Unternehmen im wesentlichen dem Markt überlassen bleibt oder politisch gesteuert wird, entscheidet sich, ob die deutsche Integration wirtschaftlich ein Erfolg werden wird“.

Am 19. April erklärt Ministerpräsident de Maizière in seiner Regierungserklärung, daß mehrjährige Schutzregelungen für die ostdeutsche Wirtschaft mit der Bundesregierung vereinbart werden müssen. Kurz zuvor hatte das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in einem weiteren Papier Vorschläge zur Förderung entwicklungsfähiger DDR-Unternehmen gemacht und darin befristete Schutzmaßnahmen für DDR-Unternehmen gefordert, darunter:

- Importkontingentierungen für landwirtschaftliche und ausgewählte industrielle Erzeugnisse zur Unterstützung der Strukturanpassung
- Auftragsvergabe und Beschaffungskäufe durch die öffentliche Hand
- Marktzugangsbeschränkungen z. B. für Transportunternehmen von außerhalb der DDR
- Zulassung von Strukturkrisenkartellen
- Erhebung einer Einfuhrumsatzsteuer für Lieferungen und Leistungen aus der BRD.

Zu diesem Zeitpunkt, also in der zweiten April-Hälfte 1990, besteht der Eindruck: Es fehlt eine klare Vorstellung von einer für den Sektor der DDR-Staatsunternehmen anzusteuernenden Wirtschaftsstruktur, die vom DDR-Wirtschaftsministerium zu entwickeln ist.

Die von der DDR-Seite schon früher in der gemeinsamen Experten-Kommission geforderte Finanzierung für die Anpassung der DDR-Unternehmen an die

Bedingungen der Marktwirtschaft (geschätzt mit 20-30 Mrd. DM) wird von der BRD-Seite abgewiesen, da eine solche Subventionierung nicht zu den gewünschten ökonomischen Ergebnissen führe.

Tatsächlich verzichtet die DDR-Seite in den Schlußverhandlungen zum Staatsvertrag auf die Festlegung von Strukturanpassungsmaßnahmen für die DDR-Wirtschaft, ein verhängnisvoller Fehler. „Eine derart stark auf die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft vertrauende Einschätzung gehört meiner Auffassung nach zu den Irrtümern, die wir heute eingestehen müssen“ – so der damals beteiligte Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Dr. Peter Klemm später im Rückblick auf die Verhandlungen zur Währungsunion und zum Einigungsvertrag.

Noch in der zweiten Mai-Hälfte werden vom DDR-Finanzministerium „Vorschläge für die Anwendung differenzierter Fördermaßnahmen zur Strukturanpassung umgewandelter Unternehmen“ erarbeitet, auch jetzt weiter in der Erwartung, daß es aus Gründen gesamtwirtschaftlicher Vernunft zu einem angemessenen Strukturanpassungskonzept für die DDR-Wirtschaft kommen wird.

Zur dritten Phase:

Diese Erwartung existiert auch noch, als Detlev Rohwedder am 20. August die Präsidentschaft der Treuhandanstalt übernimmt. Er selbst ist überzeugt (im persönlichen Gespräch), daß es angesichts des Umfangs der Aufgabe der Treuhandanstalt und gemäß den Erfahrungen in der alten Bundesrepublik auch nach 10 Jahren in Ostdeutschland noch einen größeren Sektor von Staatsbetrieben geben wird. Bereits wenige Tage später erklärt er auf einer Treuhand-Direktorenversammlung den Verzicht auf die in der Treuhand-Satzung verankerten sektoral bestimmten Treuhand-Aktiengesellschaften, damit den Verzicht auf einen erhofften Ausgangspunkt für sektorale Strukturanpassung der ostdeutschen Industrie. In den Vordergrund treten nun – in einem Konzept der Dezentralisierung der Treuhandanstalt – starke Außenstellen, die „Niederlassungen“, mit nur noch eingeschränkten strukturellen Aufgaben: Erhalten bleiben soll die Mitwirkung der Treuhandanstalt bei „der Konzipierung und Initiierung von lokalen und regionalen Wirtschaftsförderungsprogrammen“ und bei „Industrieansiedlungskonzepten“. So Rohwedder am 13. September 1990 vor der Volkskammer.

Eine im Interesse der Ostdeutschen notwendige gemeinsame Strukturanpassungspolitik der neuen Bundesländer für die ostdeutsche Wirtschaft ist damit blockiert.

Zu diskutieren ist heute die Frage nach den Ursachen für diese Entwicklung. Als Antworten bieten sich an:

1. Politik hat die notwendige Handlungsfähigkeit in der Wirtschaft verloren oder bewußt weggegeben („Wirtschaft macht Wirtschaft“ – Deregulierung als generelles Problem)

2. Fähigkeiten zur Wahrnehmung des jeweils anderen Systems existieren nur eingeschränkt (der ostdeutsche Irrtum: die Erwartung gesamtwirtschaftlicher Vernunft – der westdeutsche Irrtum: die Erwartung der wirtschaftlichen Selbstregulierung)
3. Wahrnehmungs- oder Handlungsfähigkeit sind durch Interessenverflechtung eingeschränkt.

Dankeschön.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Matthias Artzt, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Dr. Matthias Artzt: Meine Damen und Herren, Herr Eppelmann, recht vielen Dank für die Einladung, heute hier vortragen zu können. Meine Wahrnehmungen gehen aus jenseits von den Entscheidungszirkeln der DDR-Wirtschaft, und es ist ja sicher, daß unsere Wahrnehmungen nicht wahr sind, sondern von unseren persönlichen Situationen ausgehen, von den Wünschen und Ängsten, wir haben das ja heute gemerkt.

Nun zu den Wahrnehmungen: Die Opposition war nicht nur gekennzeichnet durch ein Grollen im Bauch, sondern es gab auch konzeptionelle Vorschläge von den verschiedensten Gruppen, die sich nicht erst 1989 konstituierten, sondern teilweise unbekannt untereinander vor der Zeit existierten. Noch vor dem 4. November 1989 legten wir, eine freie Forschungsgemeinschaft, die sich schon seit 1987 regelmäßig traf, ein Analysepapier der DDR-Wirtschaft vor, das an verschiedene Persönlichkeiten und Gruppen verteilt wurde. Zu dieser Gruppe gehörten u. a. Wolfgang Ullmann, Gerd Gebhardt, der Direktor der DDR-Volksbanken, ein Abteilungsleiter eines Unternehmens, ein Kunsthistoriker u. a. Das Konzept trug den wenig werbewirksamen Titel: „Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation im Subjektpluralismus“. Mit fadenscheinigen Begründungen wurde eine Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Philosophie“ erst im Mai 1990 möglich.

Ich möchte auf zehn Charakteristika der DDR-Wirtschaft und Gesellschaft aus diesem Papier eingehen.

1. Das Prinzip der Problemignoranz

Der abrechnungspflichtige Akteur im Wirtschaftsprozess war oft gleichzeitig Verantwortungsträger für die Erfolgsdurchsetzung. Aufgrund dieser strukturellen Interessenkonflikte eskalierten so in einem nichtkontrollierten Führungssystem Mißerfolge zu Flächenschäden.

Auf diese Weise entstand bei Strafe der Absetzung ein psychologisch vermittelter Zwang zur systematischen Schönfärberei. Die im Detail beginnenden Fehler und Mängel wurden auf der Entscheidungsebene nicht erkannt und konnten auf der Verursacherebene erst nach Eintritt der Katastrophe bewiesen werden.

2. Das Prinzip der „organisierten Verantwortungslosigkeit“

Verantwortung für eigenes Handeln wurde unter Berufung auf eine übergeordnete Instanz nicht mehr existentiell wahrgenommen. Verantwortung wurde nach ganz oben akkumuliert und verflüchtigte sich dort in einem Kollektiv.

Auf diese Weise verlor sich die Menge der Realverantwortung durch eine unpersönliche Hierarchisierung ins Abstrakte. Nötige Kurskorrekturen wurden erst sichtbar, als es bereits zu spät war. Niemand sah sich direkt in der Verantwortung, Korrekturen vorzunehmen, weil die sich stets als Ausführende begreifenden Akteure weigerten, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Die ganze Stasi-Diskussion um Opfer und Täter spiegelt diese verhängnisvolle Konstellation der Verdeckung und Verschleierung von Verantwortung bis heute wider.

3. Das Prinzip der Geheimhaltung

Die bisher genannte fatale Tendenz wurde durch systematische Geheimhaltung oder Unterbindung aller zur Kritik Anlaß gebenden Analysen des Realzustandes in der Wirtschaft, im Sozialen und beim Umgang mit der natürlichen Umwelt verstärkt. Tatsächlich hätte eine Offenlegung kein Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft, sondern lediglich für die Subjekte des Machtmonopols bedeutet. Die fehlende Offenlegung der Negativwirkungen führte so zu einer Fehleinschätzung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und auch der Regierung, wie ich vorhin feststellte, über die tatsächliche wirtschaftliche Lage. Auf diese Weise wurde das Ausmaß der Staatskrise der DDR erst nach Offenlegung aller Verschlußinformationen, also erst retrospektiv, sichtbar.

Hinter diesem Prinzip der Geheimhaltung steckte auch der Wunsch der SED-Führung – er ist wohl in Erfüllung gegangen –, daß sich niemand ein Gesamtbild verschaffen sollte, um so alle Mängel nur als individuelle Einzelfälle interpretieren zu können.

Herr Schürer teilt sicher meine Erkenntnis, denn er äußerte vorhin, daß er auch erst nach der Wende gesehen hat, was eigentlich los war.

4. Das Gefügigkeitsprinzip

Entscheidungsträger wurden nicht nach dem Kompetenzprinzip, sondern nach dem Gefügigkeitsprinzip ausgewählt. Auf diese Weise war Sachkompetenz nach oben systematisch verdünnt. Fehlende Sachkompetenz wurde meist durch nicht hinterfragbare Verfügungsgewalt verdeckt. Dies führte zu einer negativen Auslese.

5. Innovation als Störfaktor

Verhalten, wie Engagement und Kreativität, das sich nicht aus dem Gefügigkeitsprinzip ableiten ließ, wie es Herr Döring beschrieben hat, mit MMM usw. also „Meister der Messe von Morgen“, und die vorgegebenen Normen beachtete, wurde als Störfaktor behindert und sogar bekämpft. Dies geschah aus dem

Grunde, weil Innovationen, dort wo wirkliche Innovation gefragt waren, das Regime in Frage gestellt hätten.

6. Das Nivellierungsprinzip

Überdurchschnittliche, auf hervorragenden Fähigkeiten beruhende individuelle Leistungen ließen keine vom Durchschnitt abweichende Bedürfnisbefriedigung erwarten. Im Gegenteil, bei unter dem Durchschnitt liegenden Leistungen wurde immer noch eine fast durchschnittliche Bedürfnisbefriedigung des unterdurchschnittlich Handelnden erreicht. Dies galt für alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. So wurde statt einer maximalen Leistungsstimulation ein gerade noch erzwingbares Leistungsminimum erreicht. Sprüche wie: „Jeder liefert jedem Qualität“ sollten die fehlenden Marktkräfte durch Bewußtseinsbildung ersetzen, was nie und nirgends gelang.

7. Das Prinzip der Stagnation

Vergleichbar zur Nivellierung der persönlichen Fähigkeiten wurden auch die wirtschaftlichen Erfolge und Mißerfolge der Unternehmen nivelliert. Überschüsse aus effektiv wirtschaftenden Betrieben wurden in Verlustbetriebe umverteilt. Dadurch wurde das mittlere Effizienzniveau nicht durch die Spitzenleistungen nach oben gezwungen (bei Strafe der Eliminierung der Schlußlichter), sondern von den Defizitbereichen mit einem Buchhaltersystem statt einem echten Kreditsystem nach unten gedrückt. Die Folge war im günstigsten Fall – Stagnation.

8. Das Raubbauprinzip

Die Zukunftssicherung wurde de facto von einem Raubbauprinzip überwuchert. Kurzsichtige ökonomische Interessen haben zum Zweck der rasch wirksamen populistischen Ablenkung von Widersprüchen Entscheidungsvorrang gehabt. Infolgedessen wurde der Wertegrundstock der Gesellschaft, der über Jahrhunderte sich entwickelt hatte, systematisch aufgezehrt. Noch heute sind die Umweltschäden bei Wismut, Chemie und Braunkohle unübersehbar. Dies ist auch für Kulturgüter wie selbstverantwortliches Handeln sichtbar. Uns braucht es heute nicht zu wundern, wenn eben gerade dieses selbstverantwortliche Handeln in dieser Zeit verloren gegangen ist. Herr Professor Schmidt konnte in diesem Werteverlust heute früh in abenteuerlicher Weise ein „revolutionäres Prinzip“ erkennen, so daß er darin sogar eine Oppositionshaltung wahrnahm.

9. Das Prinzip der Festpreise

Für Grundbedarfsleistungen wurde ein verschwendungs- und verschleißförderndes Festpreissystem ohne Verbrauchsobergrenzen und ohne Aufwandsorientierung eingeführt. Es hatte keine entwicklungsstimulierende Wirkung. So führten zum Beispiel die langfristig niedrigen Mieten zum Ausbleiben der Sorge für die Substanzerhaltung. Im Ergebnis war nach einer Generation die Bausubstanz zerfallen. Es gab auch kein materielles Interesse, unterbelegte subventionierte Wohnungen bei fehlendem Bedarf aufzugeben.

10. Das Weihnachtsmannprinzip

Massenhafte illegale Privatisierung gesellschaftlicher Fonds (Material, Arbeitszeit, Nutzung von Produktionsmitteln und Grundstücken) waren verbunden mit dem Mißbrauch von Verfügungsgewalt und Korruption. Dies führte zu einer Schattenwirtschaft mit entsprechenden Gütern, begleitet von erpressungsfähigen Machtstrukturen und Spekulationen. Hier entfalteten sich die zu Objekten degradierten Akteure, hier entwickelten sie Kreativität und Innovation bei der Durchsetzung individueller Interessen.

Soweit die damalige Analyse. Diagnose- und Therapieüberlegungen setzten bei diesen Gegebenheiten an.

Im Herbst 1989 herrschte in der gesamten Opposition Übereinstimmung darin, daß die Wirtschaft des real existierenden Sozialismus versagt hatte und marktwirtschaftliche Elemente eingeführt werden mußten. Man zauderte zugegebenermaßen zwar vielerorts noch mit dem Begriff Marktwirtschaft, aber man betrachtete den Markt als unerläßlichen Regulator.

Auf der Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums am 25./26. November 1989 wurde über die Einführung der Marktwirtschaft rege diskutiert, manche nannten es auch Marktwirtschaft im Sozialismus, so in einem Papier von „Demokratie Jetzt“.

Fazit: Bereits im Herbst 1989 plädierten alle Gruppen und Parteien für die Eigenständigkeit der Betriebe und Genossenschaften. Diese sollten nun ihre Mittel allein bewirtschaften und ihre Produkte selber vermarkten, so daß ein Leistungsdruck entstehen konnte. Die politischen Kräfte des Herbstes 1989 setzten sich für eine Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen der restriktiven Steuerpolitik ein, die eine freie Entfaltung von privaten und genossenschaftlichen Gewerbebetrieben behinderten.

Einstimmig gefordert wurde auch die Entflechtung der Kombinate. Das galt ebenso für den Handel mit dem Ausland: Dem staatlichen Außenhandelsmonopol sollte ein Ende gesetzt und der Außenhandel dem Unternehmen selbst überlassen werden. Herr Schmutzler hat heute früh die Probleme des Außenhandels ja sehr treffend dargelegt. Die Betriebe sollten sich an der inländischen Bedarfsstruktur und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren und damit die DDR-Wirtschaft schrittweise in die internationale Arbeitsteilung führen. Die Opposition war sich auch darüber einig, daß eine neue Preis- und Subventionspolitik notwendig war. Diese Reform wurde nach der Maueröffnung am 9. November 1989 verstärkt gefordert, da der Wirtschaft der DDR ein Ausverkauf drohte.

Das subventionierte Angebot (Brötchen, Bockwurst, Mieten usw.) stand nun EG-weit zur Verfügung, obwohl die Subventionen, so hieß es damals, von den DDR-Bürgern erarbeitet wurden.

Befürwortet wurde echte Ware-Geldbeziehung: Die Güter seien zu kostendeckenden Preisen zu verkaufen. Es wurde auch darüber diskutiert, daß ein Ar-

beitsmarkt entstehen solle. Die Existenz eines festen Arbeitsplatzes wurde zum großen Teil verworfen, selbst wenn dies nicht ausdrücklich in den programmatischen Texten vorkommt. Die Ausmaße möglicher Arbeitslosigkeit wurden meines Wissens im November 1989 noch nicht gesehen.

Eine größere Mobilität der Arbeitskräfte sei nötig, und die Löhne sollten nach dem westlichen Modell durch Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und unabhängigen Gewerkschaften ausgehandelt werden. Es war auch immer davon die Rede, daß die DDR-Mark so schnell wie möglich schrittweise (nach Erfahrungen des Saarlandes oder der EU) konvertibel gemacht werden sollte. Über einen Kurs zwischen 1:2 und 1:3 wurde diskutiert.

Hieraus wird ersichtlich, die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente stellte innerhalb der Opposition keinen Streitpunkt dar. Unterschiedlich war die Diskussion um die Beibehaltung sozialistischer Prinzipien, so z. B. der Rolle von Eigentum an Grund und Boden.

Die Idee einer Vergesellschaftung des Eigentums versus Privatisierung war ein Kernpunkt der Diskussion. Auf der bereits erwähnten Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums forderte das Neue Forum: „Das Staatseigentum muß in eigenverantwortlich und ökonomisch selbständig arbeitendes gesellschaftliches Eigentum der Betriebe überführt werden.“ Das war im November.

Rückblick:

Aus heutiger Sicht stellten die Diskussionen um eine sozialistische Marktwirtschaft und die Fortführung der Vergesellschaftung von Grund und Boden keine realen Optionen dar. Sie liefen an der wirklichen Entwicklung, an den Machtkonstellationen in der Bundesrepublik vorbei.

Während einer Veranstaltung der Berliner Sparkasse im Januar 1990 berichtete Rüdiger Pohl, daß die Wirtschaftsweisen mit dem Kanzler über alle wirtschaftlichen Risiken gesprochen haben, die mit diesem schnellen Anschluß der DDR-Wirtschaft durch die Währungsunion verbunden sind.

Stichworte waren: Kreditwürdigkeit der Betriebe, Absatzchancen, Arbeitslosigkeit, Zahlungsfähigkeit und Schulden. Hinzuzufügen war lediglich, daß auch wir erkannt hatten, daß eine vierfache Aufwertung der Ostwährung 70 % der Produkte vom Markt blasen würde und eine eigenständige Entwicklung oder Erholung sofort, ja über Nacht erstickt werden würde.

Die Entscheidung war politisch motiviert. Dies wurde von allen Seiten offen ausgesprochen. Ein historisches Fenster war für kurze Zeit für eine Deutsche Einheit geöffnet. Es gibt nur sehr wenige Kritiker, die heute noch die prinzipielle Richtigkeit dieser Entscheidung bezweifeln. Doch wurde das außenpolitische Fenster m.E. unzulässig mit der Notwendigkeit einer Währungsunion verbunden.

Spätestens als Modrow mit seinen Oppositions-Ministern am 7. Februar 1990 unverrichteter Dinge aus Bonn zurückkehrte, waren die Entscheidungen in

Richtung Deutscher Einheit für alle sichtbar gefallen. Es war nun klar: ein rascher Anschluß der DDR an die Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes steht bevor, der keine alternativen Handlungsspielräume mehr zuließ.

Die zu diskutierenden Themen waren schlagartig andere: Wirtschaftlich wurde nun stärker die neoliberale Variante (Schocktherapie) diskutiert, und politisch ging es um eine rasche Einführung des Grundgesetzes und gesamtdeutsche Wahlen.

Ich kann hier und heute nicht über die breite Palette der sich damals ergebenden Fragen sprechen. Deshalb möchte ich zwei herausgreifen, die nun als wichtig angesehen wurden. Es waren zunächst die Eigentumsfrage und später die Fragen nach den Altschulden und der Arbeitslosigkeit.

Am 7. Februar kam Modrow also mit seinen Ministern ohne Geschäftsbereich aus Bonn zurück. Am darauffolgenden Montag, dem 12. Februar, reichte Wolfgang Ullmann für Demokratie Jetzt am Runden Tisch einen Vorschlag des bereits erwähnten freien Forschungskollegiums zur Bildung einer Treuhandgesellschaft ein.

Ich zitiere aus dieser Vorlage:

„Offenbar ist statt einer deutschen Fusionslösung eine baldige Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich geworden. [...]

Durch die sofortige Schaffung einer Kapital-Holding-Treuhandgesellschaft als neues Rechtssubjekt würde dafür Sorge getragen werden, daß das in Volksbesitz befindliche Eigentum – soweit es sich als demokratisch-legitimiert bzw. durch Kriegsergebnisse zustande gekommen erweisen wird – in der DDR nicht herrenlos wird und einfach verloren geht (an wen mit welcher Berechtigung?).

Ich zitiere weiter:

„Die Verlustgefahr resultiert daraus, weil die Rechtskonstruktion Volkseigentum nicht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dessen Geltungsbereich ja vermutlich auf das Territorium der DDR ausgedehnt werden wird, enthalten ist. Deshalb muß umgehend das Volkseigentum in eine Form transformiert werden, die den Rechts- und Eigentumsformen der Bundesrepublik entspricht“.

Dies war der Kerngedanke für die Bildung der Treuhandanstalt. In der Folgezeit wird die Eigentumsfrage, also das Grundanliegen, ausgeklammert, sowohl von der Modrow-Regierung als auch durch das zweite Treuhandgesetz der de Maizière-Regierung vom 17. Mai 1990.

Verdrängt wurde auch die nötige Vermögensbildungspolitik, die für die Einführung der Marktwirtschaft von großer Bedeutung war und immer noch ist.

Im Gegenteil: Im Mai 1990 schreibt Stefan Baron im Leitartikel der Wirtschaftswoche über den 1. Staatsvertrag:

„Des Pudels Kern allerdings besteht aus ganzen vier Zeilen. „Das volkseigene Vermögen“, heißt es in Artikel 26, Abs. 4, Satz 2 lapidar, „ist vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushaltes in der DDR zu nutzen.“

Der in der Öffentlichkeit weithin unbeachtet gebliebene Passus ist der weitaus wichtigste des ganzen Vertrages – viel wichtiger noch als selbst der viel diskutierte Umtauschkurs: Artikel 26, Abs. 4 legt fest, wer die Kosten der Einheit trägt.

Die Bundesbürger können erleichtert aufatmen. Höhere Zinsen, Steuern und Inflationsraten sind nun nicht mehr zu befürchten. Die DDR bezahlt die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland weitgehend (selbst), wenn nicht völlig aus der eigenen Tasche.

Und weiter heißt es, ich wollte es eigentlich jetzt nicht zitieren, aber auf Grund Ihrer Bemerkung würde ich das als Diskussionsbeitrag hier noch hinzufügen: „Der Wert des volkseigenen Vermögens, also vor allem der Betriebe des Landes, wird auf 500 Milliarden DM geschätzt. Mindestens noch einmal soviel sollen die zu den Betrieben gehörigen Grundstücke wert sein.

Dieses Riesen-Vermögen, das sich natürlich nicht von heute auf morgen realisieren läßt, muß die DDR nun in die Finanzierung der Deutschen Einheit einbringen.

Obwohl es theoretisch dem Volk gehört und pro Kopf rund 60.000 DM ausmacht, soll das Vermögen nicht verteilt, sondern vornehmlich an Investoren aus der Bundesrepublik verkauft werden“.

Meine Damen und Herren, aus heutiger Sicht erübrigt sich jeder Kommentar. Hier wird unabhängig von der Richtigkeit der Baronschen Hypothese, die eine breite Diskussion widerspiegelt, das Versagen in der Vermögensbildungspolitik deutlich, denn die Vermögensbildungspolitik muß mitgedacht werden, wenn es um die Transformation von einer Plan- in eine Marktwirtschaft geht.

Betrachten wir z. B. die Vermögensverteilung in Baden-Württemberg, die in vielen Generationen entstanden ist und wodurch breitgefächerte unternehmerische Initiativen in der Bevölkerung möglich sind, diese Voraussetzungen waren in der damaligen DDR nicht gegeben.

Insofern hat die Eigentumspolitik die Startpositionen für die Menschen in Ostdeutschland nicht erleichtert. Das heißt aber nicht, daß dadurch die Grundzüge des Einigungsprozesses gefährdet gewesen wären.

Weitere Themen, ich will jetzt ein bißchen kürzen, die frühzeitig diskutiert wurden, sind die Altschulden und die Arbeitslosigkeit. Zum Schluß bleibt nur noch die Frage: Gab es reale Alternativen?

Die realen Bedürfnisse der Ostdeutschen zu Weihnachten 1989 lassen sich m.E. – wenn auch etwas lax – in drei oder vier Wünschen zusammenfassen:

1. Einmal in die Alpen oder nach Mallorca,
2. statt Trabi und Wartburg einen gut erhaltenen Opel oder VW fahren,
3. einen CD-Player und Videorecorder sein eigen nennen und
4. eine gefegte Fabrik, bunte Reklame in den Straßen und gestrichene Häuser.

Dies waren die wichtigsten materiellen Träume der DDR-Bürger 1989 zu Weihnachten.

Das Pöhl-Modell wollte auf eine Währungsunion 1:1 verzichten, die ja einer Aufwertung der Ostmark auf 440 % bedeutete. Die diskutierte Alternative war eine konvertible DDR-Mark mit einer allmählichen Kursangleichung, so hätte der Binnenmarkt und ein Großteil der Wirtschaft weiter existieren können.

Mit einem Startumtausch hätten die vier Wünsche vielleicht erfüllt werden können. Und die Anhebung des Lebensstandards wäre danach durch eine allmähliche Währungsangleichung vollzogen worden.

Ich kann nicht beurteilen, ob es wirklich eine reale Alternative gegeben hat. Ich bin mir soweit sicher, daß für einige Fragen, wie Eigentum, Altschulden, aber auch den Verwaltungsaufbau andere Lösungen bestanden haben, die zu einer schnelleren selbsttragenden Entwicklung beigetragen hätten.

Ich bin mir in einem jedoch ziemlich sicher: Was wir an Wandel in Ostdeutschland erlebt haben und erleben, ist wie ein kleiner Laborversuch zu dem, was uns angesichts der Globalisierungserfordernisse weltweit an Transformation in Ost und West, Nord und Süd noch bevorsteht. Auch hier werden wieder die gleichen Fragen gestellt: nach Eigentumsrechten, Schulden, Innovationen, Regionalisierungen der Wertschöpfung und Solidarität.

Auch hier besteht die Gefahr, daß viele Menschen noch stärker in eine „Schattengesellschaft“ abgedrängt werden, wenn entsprechende Antworten ausbleiben. Dies gebe ich zu bedenken, wenn die heutige Anhörung zukunftsweisend sein soll. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich danke Ihnen. Herr Dr. Buck bitte.

Dr. Hannsjörg F. Buck: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich kehre als letzter Referent dieser Runde zu dem von Frau Dr. Cornelsen eingeleiteten Thema zurück und zwar zur Wahrnehmung der DDR-Wirtschaft in der westdeutschen DDR-Wirtschaftsforschung. Doch zunächst möchte ich eine Bemerkungen zu meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit und meinem wissenschaftlichen Werdegang machen.

Ich bin 1978 in das Gesamtdeutsche Institut als wissenschaftlicher Referent eingetreten und habe 1982 die Leitung des in der Abt. 2 befindlichen Referates für Wirtschaft, Sozialwesen, Finanzen und Umwelt übernommen. In den 70er Jahren habe ich Forschungsaufträge der Deutschen Forschungsgemeinschaft

und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen bearbeitet, die sich im wesentlichen mit Themen des Vergleichs alternativer Wirtschaftssysteme befaßten. Zuvor war ich von 1963 bis 1973 wissenschaftlicher Referent im damaligen wissenschaftlichen Beirat des innerdeutschen Ministeriums, der damals noch Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands hieß. Dies war ein Planungsstab, der einzige in der Geschichte der Bundesrepublik bestehende Planungsstab, der sich im Auftrag der Bundesregierung seit 1952 damit beschäftigen sollte, die Vorbereitungen für eine irgendwann einmal mögliche Wiedervereinigung zu treffen. Er wurde 1973 bis 1975 aufgelöst.

So, jetzt komme ich zu meinem heutigen Statement.

Ein gutes halbes Jahr nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gab Mitte Mai 1991 der damalige Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, ein Zeitungsinterview. In diesem wurde er befragt, welche Ursachen der dramatische Zusammenbruch der Wirtschaft der ehemaligen DDR nach der Errichtung der Währungs- und Wirtschaftsunion (1. Juli 1990) habe und ob die Bundesbank auf dieses Desaster vorbereitet gewesen sei?

Seine Antwort lautete:

„Wir sind von falschen, zu positiven Vorstellungen über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft ausgegangen“. Und sinngemäß sagte er weiter: In der Zeit vor der Währungsunion habe die Bundesbank „zu wenig“ über die Schwächen der DDR-Wirtschaft und über deren unzulängliches Selbstbehauptungsvermögen unter den Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes „gewußt“. Und abschließend sagte er: „Und was wir wußten, war nicht richtig“.

Zwei Fragen stellen sich mir nach diesem Eingeständnis noch heute. Ich habe darauf noch keine Antwort bekommen:

1. Weshalb hat die Leitung der Bundesbank (Präsidium, Zentralbankrat) so wenig über die wahre Lage der DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren gewußt?
2. Woher stammten diejenigen Informationen über den Zustand der DDR-Wirtschaft, welche nach Schlesingers Eingeständnis nachweislich falsch – d. h. konkret betrachtet – offenkundig geschönt waren?

Ich werde im folgenden nachweisen, daß diese unzureichenden Kenntnisse der Leitung der Deutschen Bundesbank und der von Führungspersonlichkeiten anderer politischer Kommandohöhen der früheren Bundesrepublik nicht dadurch hervorgerufen wurden, daß die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung versagt hat und ihrer Politikberatungsaufgabe nicht nachgekommen ist.

Ich möchte auch die These nachdrücklich aufstellen, daß die wissenschaftlich qualifizierten und als Fachexperten ausgewiesenen Wirtschaftsforscher in der Bundesrepublik, die sich der Analyse des Forschungsobjekts „DDR-Wirtschaft“ widmeten, sich an einer Schönfärberei der sowjet-sozialistischen Kommandowirtschaft nicht beteiligt haben, selbst wenn ihre Ergebnisse, wie Herr Professor Schneider hier eben vorgetragen hat, in einigen Punkten heute der Korrektur bedürfen. Sie sind auch nicht für in den 70er und 80er Jahren vorgekommenen Fehleinschätzungen der DDR-Wirtschaft durch einzelne westdeutsche Journalisten und Politiker verantwortlich.

Ich möchte dies jetzt belegen. Ich gehe nicht auf die Arbeitsbedingungen der DDR-Wirtschaftsforschung ein, weil Frau Dr. Cornelsen darauf schon eingegangen ist.

Ich möchte jetzt an drei Beispielen, die sich auf meine ehemaligen Forschungsergebnisse beziehen, nachweisen, daß diese von mir eben aufgestellten Thesen berechtigt sind. Im Jahre 1983 legte im Auftrag des Forschungsseminars Radein Professor Gutmann ein Sammelwerk von 18 Autoren über die „Wirtschaftspolitischen Gestaltungs- und Funktionsprobleme des Wirtschaftsystems der DDR“ vor. Für dieses Buch schrieb ich einen Beitrag über die „Forschungs- und Technologiepolitik der DDR“, in dem ich auf empirischer Grundlage auch eine eingehende Bewertung der Innovationsergiebigkeit der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der DDR-Staatsunternehmen und der ostdeutschen Erfinder vornahm.

Diese Analyse erbrachte folgende Ergebnisse:

1. Patentausbeute der DDR-Wissenschaft und -Wirtschaft und internationale Neuheitsqualität und Exportwert von DDR-Erfindungen:

Von den rund 42.470 Patenten, die vom Patentamt in Ost-Berlin im Zeitraum von 1970 bis 1980 inländischen Antragstellern erteilt wurden, hatte die Wirtschaftsführung der DDR selbst nur 15 % ausgewählt, um sie dem Münchener Patentamt zur Prüfung und Anerkennung einzureichen. 85 % der von ihr gewährten Patent-Zertifikate billigte sie selbst international keine Erfolgchance zu.

Von diesen 15 % Auslese-Erfindungen erhoffte Ost-Berlin, daß ihre Vermarktung im Westen möglicherweise höhere Devisenerträge einbringen könnten als zunächst an Gebühren aufgewendet werden mußten, um in München die begehrten Patent-Schutzrechte gewährt zu bekommen.

Von diesen rund 6.000 angemeldeten Erfindungen hat jedoch wiederum das Münchner Amt während der Jahre 1971 bis 1980 nur 18 % mit einem Patent belohnt und den DDR-Antragstellern die begehrten Schutz-, Nutzungs- und Ausschließungsrechte im Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik und der EU gewährt.

Gemessen an der Zahl der DDR-Antragstellern im Inland im Zeitraum von 1974 bis 1980 erteilten Patente betrug die Ausbeute von DDR-Erfindern

beim Britischen Patentamt in London nur 3 % der von Ost-Berlin anerkannten Inlandsproduktion an Patenten.

Hieraus folgte bereits zu Beginn der 80er Jahre:

Erstens: Die internationale Neuheitsqualität und der Exportwert von DDR-Patenten im ersten Jahrzehnt der Honecker-Mittag-Ära wurde selbst von der DDR-Wirtschaftsführung als sehr gering eingeschätzt.

Zweitens: Von dieser DDR-Auslese an Patenten wiederum sprach das Deutsche Patentamt in München 82 % aller im Zeitraum von 1971 bis 1980 angemeldeten DDR-Erfindungen einen internationalen Neuheitswert ab und verweigerte demgemäß diesen die Zuerkennung von Patentrechten.

Die Untersuchung bewies somit, daß die DDR nur in sehr geringem Maße neues Wissen auf Weltniveau produzierte, welches devisenträchtig an westliche Industrieländer verkauft werden konnte.

2. Zur Breitenutzung von punktuellen Vorbild-Innovationen in der DDR:

Die Ausbreitungs- oder Diffusionsgeschwindigkeit von technischen Neuerungen ist für alle Industrieländer eine wichtige Triebkraft zur Modernisierung der Produktionsanlagen und für die Erschließung neuer Wachstumsreserven.

Meine Untersuchungen ergaben damals jedoch, daß in der DDR von dem insgesamt pro Jahr erwirtschafteten Nutzen aus Neuerer- und Erfindereleistungen lediglich 4-5 % durch die Nachnutzung von Vorbild-Innovationen erzielt wurden. Die Diffusionserträge durch mehrmalige Nutzung von Neuererleistungen waren somit verschwindend gering.

Daraus folgte, daß damals z. B. Verfahrensverbesserungen in der Produktion zumeist nur zu isolierten Rationalisierungserfolgen führten. Diese Tatsache ist übrigens heute morgen auch durch die Kombinatdirektoren hier bestätigt worden. Ihr Vorbild hatte in der Regel keine Breitenwirkung auf das Ansteigen der Produktivität der Wirtschaft der DDR insgesamt.

3. Zur Effizienz der F&E-Aufwendungen in der DDR:

Ein Kosten-Nutzen-Vergleich zwischen den Ausgaben des Staates und der Wirtschaft der DDR für Forschung und Entwicklung (F&E) einerseits und den Gelderträgen aus der Nutzung von patentfähigen Erfindungen andererseits ergab folgendes katastrophale Ergebnis.

In den neun Jahren von 1972 bis 1980 mußten Staat und Wirtschaft in der DDR jeweils eine Mark (Ost) aufwenden, um im Durchschnitt einen Nutzen aus der Verwertung von Erfindungen in Höhe von 7 Pfennig zu erreichen. Der erzielte Erfindernutzen durch die Verwertung von neuen Patenten in der Produktion der DDR-Wirtschaft betrug in den 70er Jahren nicht einmal ein halbes Prozent des jährlich produzierten Nationaleinkommens.

Resümee:

Es kann also keine Rede davon sein, daß die westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung nicht genügend fundierte Analysen über die unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wissenschaft und DDR-Wirtschaft im Wettstreit der Systeme um die effizienteste Produktion neuer Technologien vorgelegt hat. Dabei war meine Analyse nur eine von zahlreichen weiteren Untersuchungen westdeutscher Wirtschaftsforscher in den 70er und 80er Jahren. Über die unausrottbare, systembedingte Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, ihre Ursachen und Folgen sind in den 70er und 80er Jahren eine beachtliche Zahl von wissenschaftlichen Studien in Westdeutschland vorgelegt worden.

Es wäre ja auch geradezu absurd gewesen, und da knüpfte ich an Herrn Professor Burrichter an, wenn die westdeutsche DDR-Forschung nicht akribisch den Produktionsumfang und die Qualität der Wirtschafts-, Natur- und Technikwissenschaften der DDR untersucht hätte, nachdem die Partei- und Staatsführung der DDR in den 60er Jahren die „Wissenschaft zur wichtigsten Produktivkraft“ erhoben hatte.

Ich gehe auf ein weiteres Beispiel ein: Wie mußte man die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Außenwirtschaft auf dem westlichen Weltmarkt und dem innerdeutschen Markt einschätzen?

In einem 1987 verfaßten Buchbeitrag über den „Innerdeutschen Handel“ habe ich über die Exportleistungsfähigkeit der DDR-Industrie folgendes Resümee gezogen:

„In der westlichen Welt ist der zwischenstaatliche Handel zwischen hochindustrialisierten Volkswirtschaften dadurch gekennzeichnet, daß zwischen ihnen überwiegend stark veredelte technische Erzeugnisse mit einem günstigen Masse-Leistungs-Verhältnis ausgetauscht werden (= intelligenzintensive industrielle Verbrauchs- und Investitionsgüter mit einem hohem Gebrauchswert). Diese Strukturkomponente ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen internationalen Konkurrenzkampfes. Das Ringen um die Erhaltung alter und die Eroberung neuer Absatzmärkte [...] ist seit langem schon in erster Linie ein Wettbewerb um die besseren wissenschaftlich-technischen Leistungen. [...]

Die Struktur der im Innerdeutschen Handel jeweils bezogenen oder gelieferten Erzeugnisse entspricht nicht dem in der Bundesrepublik und dem in der DDR erreichten industriell-technischen Entwicklungsstand der beiden Volkswirtschaften. Gemessen an der Struktur der Handelsströme aufgeteilt nach Erzeugnisgruppen und Handelsgütern ähnelt der innerdeutsche Handel weitgehend dem Außenhandel zwischen zwei Entwicklungsländern. [...]

1985 machte der Wert der von der Bundesrepublik bezogenen Investitionsgüter nur einen Anteil von 11,6 % des Gesamtvolumens der DDR-Lieferungen aus. Unter diesen Lieferungen erreichten im gleichen Jahr die Erzeugnisse der Maschinenbauindustrie nicht einmal einen Anteil von 3 %. [...]

Der Absatz von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen lag im gesamten Untersuchungszeitraum unter 1 % des Wertes aller Bezüge. An Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten aus der DDR fanden westdeutsche Kunden ebenfalls keinen Gefallen. Die minimalen Umsätze bei diesen Produkten erreichten in den letzten sechs Jahren von 1981 bis 1986 nicht einmal ein halbes Prozent des Wertes der ins Bundesgebiet und nach Berlin West verfrachteten DDR-Waren.

Im Gegensatz zu dieser deutlichen Lieferschwäche bei Maschinen, Geräten und bei Produkten der Elektrotechnik und Elektronik war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges das Wirtschaftsgebiet der heutigen DDR eine Hochburg der deutschen Maschinenbau-, Büromaschinen- und Elektroindustrie. Die hochwertigen Erzeugnisse dieser Region waren im gesamten Reich und im Ausland sehr gefragt. [...]“.

Die hier vorgetragenen abgesicherten Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Sie ließen keinen Raum für rosarot gefärbte Einschätzungen des technologisch-ökonomischen Leistungsniveaus der DDR-Industrie. Sie belegten eindeutig die bis dahin, und zwar in der ersten Hälfte der 80er Jahre, bereits eingetretene gigantische „technologische Lücke“ zum Westen. Zugleich waren sie ein unzweideutiger Maßstab für die geschwundene Exportleistungskraft der DDR-Wirtschaft im Vergleich zu der der führenden Industrieländern der westlichen Welt. Darüber hinaus beweisen sie auch, daß ein rechtzeitiges Zurkenntnisnehmen dieser Fakten vor 1990 ein „verwundertes Augenreiben“ über den schnellen Zusammenbruch der DDR-Industrieunternehmen hätte ersparen können.

Ich komme zu einem letzten Beispiel und dann zum Schluß.

Damit knüpfe ich an, an das, was Herr Dr. Volze bereits über unsere Recherchen zur Devisenverschuldung der DDR bei den westlichen Industriestaaten, also bei den OECD-Ländern, und ihren Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft gesagt hat.

Ich habe 1979/80 einen Artikel veröffentlicht in dem ausgeführt wird:

„Die ungenügende Absorptionsfähigkeit vor allem der kleinen RGW-Länder zur Verkräftung von Preissprüngen auf den internationalen Rohstoffmärkten und die bisher nicht überwindbare Schwäche bei dem Bemühen, die Westexporte zu steigern, haben zusammengenommen z. B. der DDR in wenigen Jahren eine drückende Schuldenlast aufgebürdet. So hat sich die Nettoverschuldung gegenüber dem Westen in den Jahren von 1974 bis 1978 von 3,6 Mrd. US-Dollar auf rd. 7,3 Mrd. US-Dollar erhöht. Geht man von einer Verzinsung von durchschnittlich 7 % aus, so muß die DDR heute für ihre Auslandsschulden von netto rd. 7 Mrd. US-Dollar ihren Gläubigern im Westen jährlich rund 900 Mio. DM (West) an Zinsen bezahlen. Diese Verdoppelung des Schuldenberges in nur vier Jahren hat dazu geführt, daß die DDR-Regierung bereits 1977 mehr als 50 % ihrer Ausfuhrerlöse in konvertierbaren Währungen aus

Warenexporten und der Vergabe von Lizenzen für den Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) aufbringen mußte.“

Und abschließend heißt es dann:

„Legt man die Bonitäts-Kriterien des Internationalen Währungsfonds (IWF), der eine Schuldendienstquote von 25 % bereits als 'kritische Marke' für ein Land in roten Zahlen wertet, der Beurteilung der Schuldnerposition der DDR gegenüber dem Westen zugrunde, so hat sie bereits 1977 diese Negativposition mit 100 % übererfüllt“.

In der Arbeitsgruppe, die von Herrn Dr. Volze geleitet wurde, Arbeitskreis DDR-Verschuldung, wir nannten das unser „Verschuldungskränzchen“, habe ich die Aufgabe zugewiesen bekommen, möglichst exakt die Schuldenlast, den Schuldendienst, also Tilgung und Verzinsung der Hartwährungskredite, die Schuldendienstquote und die vorhandene oder verlorengegangene Kreditwürdigkeit der DDR annähernd zutreffend zu ermitteln. Und dafür benötigte man folgende Informationen:

1. die möglichst exakte Höhe der Nettoverschuldung der DDR bei den Banken der OECD-Länder (= Berichtsgebiet der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel/BIZ);
2. den „Währungskorb“ der aufgenommenen Bankkredite; d. h. in welcher prozentualen Zusammensetzung hat die DDR Kredite in Dollar, DM, Schweizer Franken und in sonstigen Währungen aufgenommen. Diese Kenntnis war unumgänglich, um möglichst exakt die Zinsbelastung der DDR zu ermitteln;
3. die Struktur der Laufzeit der insgesamt aufgenommenen Kredite (dabei waren Fristigkeiten von 3 Monaten bis zu 5 Jahren zu beachten). Die Ermittlung der Fristigkeit der DDR-Kredite war dabei nicht nur entscheidend für die Ermittlung der Zinslasten, sondern auch für die Feststellung der fälligen Tilgungen; und letztlich
4. die Höhe der zu zahlenden Zinsen in Abhängigkeit von der Kreditvertrags-Währung, der Laufzeit der Kredite und den zeitlichen Schwankungen der Zinshöhe auf den westlichen Geld- und Kapitalmärkten.

Über die Deutsche Bundesbank erhielt ich Zugang zu den internen Informationssammlungen der BIZ in Basel. Sie hatte tatsächlich Anfang der 80er Jahre erstmals einen „Währungskorb“ zusammengestellt, dem man die Struktur der Kreditaufnahme der europäischen RGW-Staaten getrennt nach den von ihnen bevorzugten Kreditaufnahmewährungen entnehmen konnte. Außerdem hatte sie brauchbare Tabellen über die Laufzeiten der von den RGW-Staaten aufgenommenen Kredite erstellt. Daraus ergab sich z. B., daß die DDR im Westen Anfang der 80er Jahre in über 40 % der Fälle nur Kredite mit einer Laufzeit von 6 Monaten und darunter aufgenommen oder eingeräumt erhalten hatte.

Unseren Recherchen kam ferner zugute, daß die Baseler Bank Anfang der 80er Jahre ihr weltweites Meldernetz über die Kreditvergabe der Banken der OECD-Staaten beträchtlich komplettiert hatte, so daß es nur noch wenige Erfassungslücken gab.

Damit waren alle Informations-Voraussetzungen vorhanden, um die Bonität oder den noch vorhandenen Grad der Zahlungsfähigkeit der DDR zu ermitteln.

Das Ergebnis war erschreckend. Der SED-Staat stand am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit.

Die „Schuldendienstquote“ der DDR lag 1977 nicht, wie von mir noch 1979 aufgrund unzulänglicher Bankstatistiken ermittelt, zwischen 50-60 %, sondern bereits in diesem Jahr bei 144 %. Bis 1980 kletterte diese Quote auf 168 % und erreichte 1981 und 1982 Spitzenwerte von 190 % und 183 %.

Daraus folgte, daß 1981/82 die konkreten Zins- und Tilgungsverpflichtungen der DDR gegenüber dem Westen fast doppelt so hoch waren wie die gesamten Devisenerlöse aus dem Westhandel.

Die DDR konnte streng genommen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre keine Westimporte mehr aus eigener Kraft bezahlen, und zwar weder Investitionsgütereinfuhren zur Modernisierung ihrer weitgehend verschlissenen Produktionsanlagen noch Konsumgüter zum Stopfen von Versorgungslücken.

Diese Lage des SED-Staates am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit in Verbindung mit den gewaltig angestiegenen außenwirtschaftlichen Belastungen im Ost- oder RGW-Handel erklärte maßgebend auch alle bis dahin von der SED-Wirtschaftsführung ergriffenen und dann von ihr in den Folgejahren unternommenen verzweifelten wirtschaftspolitischen Rettungsversuche. Damit komme ich zum Schluß.

In den elf Jahren von 1980 bis 1991 hat das Wirtschaftsreferat des Gesamtdeutschen Instituts 73 Analysen zur Wirtschafts-, Außenhandels-, Verkehrs- und Sozialpolitik der DDR, zur Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands, zur Energiewirtschaft und zur Umweltpolitik der DDR-Regierung sowie zur Umweltverwüstung jenseits der Elbe vorgelegt. Diese Analysen wurden als „Manuskriptdrucke“ in einer Auflage zwischen 50 bis 200 Exemplaren hergestellt. Alle Aufklärungs- und Politikberatungsstudien wurden umgehend nach ihrer Fertigstellung entsprechend einem mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Frau Dr. Marlies Jansen sitzt da oben, mit ihr wurden die Verteiler nämlich damals abgestimmt), abgestimmten Verteiler an das Kanzleramt, an interessierte Bundesministerien (je nach fachlicher Zuständigkeit), an den Deutschen Bundestag und seinen wissenschaftlichen Dienst, an einzelne Bundestagsabgeordnete (auf Anfrage), an Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und an befreundete DDR-Forschungsinstitute versandt.

Die Deutsche Bundesbank, und damit komme ich zum Schluß, wurde bei dieser Informationsversorgung besonders gut beliefert, denn sie erhielt jede brandneue Studie in zwei bis vier Exemplaren auf dem Direktwege zugesandt.

Auch die „Forschungsstelle für gesamtdeutsche, wirtschaftliche und soziale Fragen“ in Berlin, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg haben alle Forschungsergebnisse von größerem Gewicht und sämtliche bedeutsamen Gutachten und Veröffentlichungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR der Leitung der Deutschen Bundesbank zugeleitet.

Die Deutsche Bundesbank hätte also bei einer sorgfältigen Verarbeitung der angebotenen Forschungsergebnisse nicht so ahnungslos sein müssen, wie sie sich dann Mitte 1991 dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen werden die zeitlose Erkenntnis Goethes kennen, die er einst seinem Sekretär und Vertrauten Eckermann in einem seiner posthum berühmt gewordenen „Gespräche“ mitgeteilt hat: „Man sagt, daß Zahlen nicht die Welt regieren, aber eines weiß ich mit Sicherheit, daß Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird“.

Die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung hat nach meiner Überzeugung jahrzehntelang trotz aller Informationssperren und trotz aller Täuschungsmanöver bewiesen, wie die SED die DDR regiert hat. Ich danke für's Zuhören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Als Statthalter der Zeit muß ich darauf hinweisen, wenn ich jetzt die Überziehungen jeweils von der Diskussionszeit abziehen würde, hätten wir nur noch gut 20 Minuten. Ich bitte aus diesem Grund, wenn wir die Überziehung nicht eskalieren lassen wollen, daß wir das durch Straffung der Fragen vielleicht versuchen auszugleichen. Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Cornelsen hat uns mitgeteilt, daß man auf die Statistik nicht hereingefallen ist. Diese Feststellung erscheint erst recht nach den anderen Vorträgen schillernd. Mich hätte von ihr interessiert (vielleicht kann uns das auch Herr Buck beantworten): An welcher Stelle würden Sie denn den Stand der DDR-Volkswirtschaft einschätzen, wenn wir davon ausgehen, daß man ja doch geglaubt hat, daß die DDR den 10. Platz in der Weltliste einnahm?

Eine zweite Frage: Es ist gesagt worden, daß Schutzmaßnahmen den Niedergang der DDR-Wirtschaft hätten verhindern können. In dem Sinne habe ich das jedenfalls verstanden. Meine Frage in dem Zusammenhang an Herrn Dr. Arzt und Herrn Professor Schneider: Hat der Gedanke unter dem Blickwinkel noch Sinn, daß am 1. Juli 1990 ziemlich abrupt die Währungsunion kam, und daß wir dann spätestens im September gemerkt haben, daß der Ostmarkt völlig abgebrochen war? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Dr. Jork, vielleicht ganz kurz in einem Stichwort, damit Frau Dr. Cornelsen gegenüber den drei anderen Angesprochenen eine gleichwertige Chance hat, die Frage noch einmal wiederholen.